

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2008/0016(COD)

13.5.2008

*****I**

ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
(KOM(2008)0019 – C6-0046/2008 – 2008/0016(COD))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichtersteller: Claude Turmes

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **I Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **II Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- *** Verfahren der Zustimmung
*Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in
Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des
EU-Vertrags genannt sind*
- ***I Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- ***II Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- ***III Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu Legislativtexten

Die vom Parlament vorgenommenen Änderungen werden durch **Fett- und Kursivdruck** hervorgehoben. Bei Änderungsrechtsakten werden unverändert aus einer bisherigen Bestimmung übernommene Textteile, die das Parlament ändern will, obwohl die Kommission sie nicht geändert hat, durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden gegebenenfalls wie folgt gekennzeichnet: [...]. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

Seite

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	Error! Bookmark not defined.
BEGRÜNDUNG	Error! Bookmark not defined.

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
(KOM(2008)0019 – C6-0046/2008 – 2008/0016(COD))

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2008)0019),
 - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2, Artikel 175 Absatz 1 und Artikel 95 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C6-0046/2008),
 - gestützt auf Artikel 51 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für internationalen Handel, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr, des Ausschusses für regionale Entwicklung und des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A6-0000/2008),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Richtlinie Bezugsvermerk

Vorschlag der Kommission

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1 **und Artikel 95**,

Geänderter Text

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

Begründung

Artikel 175 Absatz 1 ist die einzige angemessene Rechtsgrundlage. Eine doppelte Grundlage ist Ausnahmefällen vorbehalten, in denen verschiedene Ziele das gleiche Gewicht haben; im vorliegenden Fall ist jedoch der Umweltschutz das Hauptziel, wobei auch die aktuelle Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen nach Artikel 175 Absatz 1 angenommen wurde. Außerdem zielen die Bestimmungen über Biokraftstoffe nicht in erster Linie darauf ab, den Handel zu erleichtern – da die vorgeschriebenen Standards weit von einer Harmonisierung entfernt sind –, sondern darauf, Nachhaltigkeitskriterien festzulegen.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Im Fahrplan für erneuerbare Energien wurde dargelegt, dass 20 % als Ziel für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ***und 10 % als Ziel für erneuerbare Energie im Verkehrssektor angemessene und erreichbare Ziele wären*** und dass ein Rahmen, der verbindliche Ziele enthält, den Unternehmen die langfristige Sicherheit geben dürfte, die sie benötigen, ***um rationale Entscheidungen über Investitionen in den Sektor der erneuerbaren Energie treffen zu können.***

Geänderter Text

(4) Im Fahrplan für erneuerbare Energien wurde dargelegt, dass ***mindestens*** 20 % als Ziel für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Energiequellen ***ein erreichbares Ziel wäre*** und dass ein Rahmen, der verbindliche Ziele enthält, den Unternehmen die langfristige Sicherheit geben dürfte, die sie ***im Hinblick auf eine Wirtschaft auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen*** benötigen.

Begründung

Der Fahrplan für erneuerbare Energien der Kommission wurde vom Rat und den Mitgliedstaaten bewertet. Dies ist von der Kommission bei der Ausarbeitung derartiger Erwägungsgründe zu berücksichtigen. Dieser Änderungsantrag dient der Klarstellung.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 8

Vorschlag der Kommission

(8) In Anbetracht der Standpunkte der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments ist es angebracht, verbindliche Ziele **dafür** festzulegen, **dass der Energieverbrauch** in der Europäischen Union im Jahr 2020 **insgesamt zu 20 % und im Verkehrssektor zu 10 % durch erneuerbare Energie gedeckt wird.**

Geänderter Text

(8) In Anbetracht der Standpunkte der Kommission, des Rates und des Europäischen Parlaments ist es angebracht, **mittelfristig** verbindliche Ziele **für einen Mindestanteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch** festzulegen **sowie vorzugeben, dass deren Gesamtanteil am Endenergieverbrauch** in der Europäischen Union im Jahr 2020 **20 % beträgt.**

Or. en

Begründung

Das Europäische Parlament ist für einen Anteil der erneuerbaren Energieträger am Endenergieverbrauch im Jahr 2020 von mindestens 25 %. Die jüngsten wissenschaftlichen und politischen Erkenntnisse beweisen, dass ein verbindliches Ziel von 10 % für aus Biomasse gewonnene Kraftstoffe im Verkehrssektor nicht auf nachhaltige Weise erreicht werden kann. Daher muss dieses Ziel aufgegeben werden. Eine nachhaltige Nutzung von Biomasse ist in anderen Bereichen der Energiegewinnung, wie etwa der Kraft-Wärme-(Kälte-)Kopplung, effizienter möglich.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 10

Vorschlag der Kommission

(10) **Dagegen ist es hinsichtlich des 10-%-Ziels für erneuerbare Energie im Verkehrssektor angebracht, für die einzelnen Mitgliedstaaten denselben Anteil festzulegen, um für Kohärenz bei den Kraftstoffspezifikationen und bei der Verfügbarkeit der Kraftstoffe zu sorgen. Da sich Kraftstoffe leicht handeln lassen, können Mitgliedstaaten, die in geringem Maße über die relevanten Ressourcen verfügen, ohne weiteres Kraftstoffe**

Geänderter Text

(10) **Die Ziele für Biokraftstoffe werden** wahrscheinlich durch eine Kombination aus inländischer Herstellung und Importen erreicht. **In diesem Zusammenhang** sollte die Kommission die **Versorgung** des Gemeinschaftsmarktes **mit erneuerbaren Energien einschließlich Biokraftstoffen als Energieträger** verfolgen, wobei multilaterale und bilaterale Handelsverhandlungen sowie Umwelt-, Sozial-, Kosten-,

erneuerbarer Herkunft anderweitig beziehen. Obwohl es für die Gemeinschaft technisch möglich wäre, ihr Biokraftstoffziel ausschließlich durch die Herstellung in der Gemeinschaft zu erreichen, ist es sowohl wahrscheinlich als auch wünschenswert, dass das Ziel de facto durch eine Kombination aus inländischer Herstellung und Importen erreicht wird. Hierzu sollte die Kommission die Biokraftstoffversorgung des Gemeinschaftsmarktes verfolgen und gegebenenfalls relevante Maßnahmen vorschlagen, um für Ausgewogenheit zwischen heimischer Herstellung und Importen zu sorgen, wobei multilaterale und bilaterale Handelsverhandlungen sowie Umwelt-, Kosten-, Energieversorgungssicherheits- und sonstige Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Energieversorgungssicherheits- und sonstige Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Or. en

Begründung

Die Kommission muss die Ein- und Ausfuhren aller Energieträger überwachen, unabhängig davon, ob sie in der Gemeinschaft erzeugt (und verbraucht) werden oder aus Drittstaaten eingeführt bzw. in Drittstaaten ausgeführt werden. Insbesondere Biomasse als Energieträger muss aufmerksam verfolgt werden. Die jüngsten wissenschaftlichen und politischen Erkenntnisse beweisen jedoch, dass ein verbindliches Ziel von 10 % für aus Biomasse gewonnene Kraftstoffe im Verkehrssektor nicht auf nachhaltige Weise erreicht werden kann. Daher muss dieses Ziel aufgegeben werden.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 48

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(48) Damit ein 10%iger Biokraftstoffanteil erreicht werden kann, muss dafür gesorgt werden, dass höhere als in der Norm EN590/2004 vorgesehene Biodieselskraftstoffbeimischungen in

entfällt

Diesekraftstoffen in Verkehr gebracht werden.

Or. en

Begründung

Dies wird von der Richtlinie über die Kraftstoffqualität abgedeckt.

Änderungsantrag 6

**Vorschlag für eine Richtlinie
Erwägung 57**

Vorschlag der Kommission

(57) Da ***die allgemeinen Ziele***, bis 2020 den Gesamtenergieverbrauch der Gemeinschaft zu 20 % durch erneuerbare Energie ***und den Otto- und Diesekraftstoffverbrauch in den einzelnen Mitgliedstaaten zu 10 % durch Biokraftstoffe zu*** decken, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden ***können*** und ***sie*** daher wegen des Umfangs der Maßnahme besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ***sind***, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 EG-Vertrag niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Im Einklang mit dem genannten Artikel niedergelegten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus -

Geänderter Text

(57) Da ***das allgemeine Ziel***, bis 2020 den Gesamtenergieverbrauch der Gemeinschaft zu 20 % durch erneuerbare Energie zu decken, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden ***kann*** und daher wegen des Umfangs der Maßnahme besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ***ist***, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 EG-Vertrag niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Im Einklang mit dem genannten Artikel niedergelegten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus -

Or. en

Begründung

Das in der Richtlinie über erneuerbare Energien vorgegebene Ziel, bis 2020 einen Anteil von 10 % durch Biokraftstoffe abzudecken, wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom März 2007 vorgeschlagen. Die Staats- und Regierungschefs gingen allerdings davon aus, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich a) dass die Erzeugung nachhaltig ist und b) dass die zweite Generation kommerziell verfügbar ist. Seit März 2007 zeichnet sich

zunehmend ab, dass diese Bedingungen nicht erfüllt sein werden. Daher muss das Ziel, einen Anteil von 10 % zu erreichen, aufgegeben werden.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 1

Vorschlag der Kommission

Mit dieser Richtlinie wird ein gemeinsamer Rahmen für die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen vorgeschrieben. In ihr werden verbindliche Ziele für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Energieverbrauch **und für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor ebenso wie Regeln für Herkunftsnachweise, administrative Verfahren und Stromnetzanschlüsse** für Energie aus erneuerbaren Quellen **festgelegt**. Ferner werden Kriterien für die ökologische Nachhaltigkeit **von Biokraftstoffen und anderen flüssigen Biobrennstoffen** vorgeschrieben.

Geänderter Text

Mit dieser Richtlinie wird ein gemeinsamer Rahmen für die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen **und deren Einbindung in den gemeinschaftlichen Energiebinnenmarkt im Hinblick auf größere Versorgungssicherheit, ein höheres Umweltschutzniveau, größere Wettbewerbsfähigkeit und eine größere Führungsrolle der EU** vorgeschrieben. In ihr werden verbindliche **gemeinschaftliche und nationale** Ziele für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Energieverbrauch **festgelegt, um sicherzustellen, dass im Jahr 2020 mindestens 20 % des Endenergieverbrauchs in der EU aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. Ferner werden Vorschriften über den Schutz nationaler Förderregelungen und über detaillierte nationale Aktionspläne für erneuerbare Energien festgelegt, und es werden Flexibilitätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erreichung der Ziele, die administrativen Verfahren und die Infrastrukturanschlüsse** für Energie aus erneuerbaren Quellen **geschaffen**. Ferner werden Kriterien für die ökologische **und soziale** Nachhaltigkeit **der Energieerzeugung aus Biomasse** vorgeschrieben.

Or. en

Begründung

Die wichtigsten Aspekte der Richtlinie sollten bei der Beschreibung ihres Geltungsbereichs hervorgehoben werden.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer a

Vorschlag der Kommission

a) „Energie aus erneuerbaren Quellen“
Energie aus erneuerbaren, **nichtfossilen**
Energiequellen (Wind, Sonne, Erdwärme,
Wellen- und Gezeitenenergie, Wasserkraft,
Biomasse, Deponiegas, Klärgas und
Biogas);

Geänderter Text

a) „Energie aus erneuerbaren Quellen“
Energie aus erneuerbaren Energiequellen
(Wind, Sonne, Erdwärme, Wellen- und
Gezeitenenergie, Wasserkraft, Biomasse,
Deponiegas, Klärgas und Biogas);

Or. en

Begründung

In Übereinstimmung mit den Definitionen von Eurostat und den internationalen Definitionen deckt diese Richtlinie nur Energiequellen ab, die erneuerbar sind. Fossile und andere nicht unter diese Definitionen fallende Kraftstoffe werden somit nicht von dieser Richtlinie erfasst.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer b

Vorschlag der Kommission

b) „Biomasse“ den biologisch abbaubaren
Teil von Erzeugnissen, Abfällen und
Rückständen der Landwirtschaft
(einschließlich pflanzlicher und tierischer
Stoffe), der Forstwirtschaft und damit
verbundener Industriezweige sowie den
biologisch abbaubaren Teil von Abfällen
aus Industrie und Haushalten;

Geänderter Text

b) „Biomasse“ den biologisch abbaubaren
Teil von Erzeugnissen, Abfällen und
Rückständen der Landwirtschaft
(einschließlich pflanzlicher und tierischer
Stoffe) **und der Aquakultur**, der
Forstwirtschaft und damit verbundener
Industriezweige sowie den **getrennt
gesammelten** biologisch abbaubaren Teil
von Abfällen aus Industrie und Haushalten;

Or. en

Begründung

Die derzeitige Definition deckt aus Aquakulturerzeugnissen wie etwa Algen gewonnene Biomasse nicht ab. Ferner wird biologisch abbaubarer Abfall im Allgemeinen besser wiederverwertet oder kompostiert, während Prozessgase zur Energieerzeugung genutzt werden können. Da der biologisch abbaubare Teil von Abfällen aus Industrie und Haushalten typischerweise einen geringen Nettoenergieertrag aufweist, sollte diese Richtlinie zudem die Trennung dieser Art von Abfällen fördern.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer d a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

da) „geothermische Energie“ die Energie, die in Form von Wärme unter der Erdkruste gespeichert ist;

Or. en

Begründung

Es gibt in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften keine harmonisierte Definition von geothermischer Energie: Es gibt nur uneinheitliche nationale Definitionen. Dies stiftet Verwirrung. Daher sollte eine Definition von geothermischer Energie in die Richtlinie aufgenommen werden. Die vorgeschlagene Definition wird weitgehend von der geothermischen Industrie als Teil der nationalen Standards verwendet.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer e

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

e) „flüssige Biobrennstoffe“ für den Einsatz zu energetischen Zwecken bestimmte, flüssige Brennstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden;

e) „Biomasse als Energieträger“ für den Einsatz zu energetischen Zwecken bestimmte ***feste, gasförmige oder*** flüssige Brennstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden;

Or. en

Begründung

Diese Rechtsvorschrift deckt die gesamte aus Biomasse gewonnene Energie ab, nicht nur jene, die als Kraftstoff im Verkehrssektor oder als flüssiger Brennstoff in der Wärme- und Stromerzeugung genutzt wird. Daher ist unbedingt eine allumfassende Begriffsbestimmung festzulegen.

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer f

Vorschlag der Kommission

f) „**Biokraftstoffe**“ flüssige oder gasförmige Kraftstoffe für den Verkehr, die aus Biomasse hergestellt werden;

Geänderter Text

f) „**aus Biomasse gewonnene Kraftstoffe für den Verkehr**“ flüssige oder gasförmige Kraftstoffe für den Verkehr, die aus Biomasse hergestellt werden;

Or. en

Begründung

Biomasse als Energieträger kann viele Anwendungen haben, etwa in der Wärme- und Stromerzeugung und als Kraftstoff für den Verkehr. Mit diesem Begriff wird diese Unterscheidung klar definiert.

Änderungsantrag 13

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer f a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fa) „Flächen mit hohem Schutzwert“

i) Gebiete mit global, regional oder national signifikanten Konzentrationen von Artenvielfaltswerten (z. B. endemische Arten, gefährdete Arten, Refugien);

ii) global, regional oder national signifikante große Landschaftsgebiete, in denen lebensfähige Populationen der meisten, wenn nicht aller natürlich vorkommenden Arten in natürlichen Verbreitungsmustern und in großer Zahl

vorkommen;

iii) Gebiete, die in seltenen, bedrohten oder gefährdeten Ökosystemen liegen bzw. solche umfassen;

iv) Gebiete, die grundlegende Ökosystemleistungen in kritischen Situationen erbringen (z. B. Schutz von Wasserscheiden, Erosionskontrolle);

v) Gebiete, die ausschlaggebend für die Abdeckung der Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften sind (z. B. Lebensunterhalt, Gesundheit);

vi) Gebiete, die von kritischer Bedeutung für die traditionelle kulturelle Identität lokaler Gemeinschaften sind (Gebiete von kultureller, ökologischer, wirtschaftlicher oder religiöser Bedeutung, die in Zusammenarbeit mit solchen lokalen Gemeinschaften festgelegt werden).

Or. en

Begründung

Ein hoher Schutzwert (HSW) muss definiert werden, da er die Grundlage von Artikel 15 ist, der die Nachhaltigkeit von aus Biomasse gewonnenen Kraftstoffen gewährleistet, insbesondere indem die Artenvielfalt und die ökologische Integrität gewahrt werden. Die Definition des HSW stammt von einem Netz von Organisationen, das die Weltnaturschutzunion (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources – IUCN) und die Weltbank umfasst, und wird bereits im Zusammenhang mit dem internationalen Holzzertifizierungssystem des Forest Stewardship Council (FSC) genutzt.

Änderungsantrag 14

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer f b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fb) „Feuchtgebiete“ Flächen, die ständig oder während eines beträchtlichen Teils des Jahres von Wasser bedeckt oder durchtränkt sind;

Begründung

Feuchtgebiete müssen in dieser Richtlinie definiert werden. Feuchtgebiete sind wichtige Kohlenstoffspeicher und können im Falle einer Umwandlung zur Freisetzung bedeutender Mengen von Treibhausgasen führen. Nicht trockengelegtes Torfland, z B. unberührtes Torfland, fällt eindeutig unter diese Definition.

Änderungsantrag 15

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 2 – Nummer f c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***fc) „brachliegende oder geschädigte
Flächen oder Grenzertragsflächen“
Flächen, die seit 1990 keine Forstflächen
oder Feuchtgebiete sind bzw. waren, die
keinen hohen Schutzwert haben und nicht
in nächster Nähe zu solchen Flächen
oder innerhalb wertvoller
Naturschutzgebiete oder von den
Behörden geschützten Gebieten liegen
und die seit mindestens zehn Jahren nicht
für landwirtschaftliche Zwecke genutzt
werden;***

Or. en

Begründung

Brachliegende, geschädigte und Grenzertragsflächen müssen in dieser Richtlinie definiert werden. Diese Definition muss klar festgelegt werden, um zu gewährleisten, dass diese Flächen, wenn sie für aus Biomasse gewonnene Kraftstoffe für den Verkehr genutzt werden, weder hohen Schutzwert oder hohen Wert als Kohlenstoffspeicher haben noch zur Erzeugung von Nahrungsmitteln genutzt werden. Der hohe Schutzwert ist ein international anerkannter Status, der die Artenvielfalt und die ökologische Integrität schützt. 1990 ist die gemäß dem Kyoto-Protokoll vereinbarte Frist in Bezug auf die Entwaldung.

Änderungsantrag 16

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer f d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

fd) „Agrokraftstoffe“ Kraftstoffe aus Biomasse, die auf bebaubaren Flächen angebaut wird und die mit der Nahrungs- und Futtermittelerzeugung um die bebaubaren Flächen konkurriert;

Or. en

Änderungsantrag 17

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer g

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

g) „Herkunftsnachweis“ ein elektronisches Dokument, das als Nachweis dafür dient, dass eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde;

g) „Herkunftsnachweis“ ein elektronisches Dokument, das als Nachweis dafür dient, dass eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde, ***insbesondere im Hinblick auf die Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger gemäß der Richtlinie 2003/54/EG;***

Or. en

Begründung

Die Rolle dieses Dokuments muss klar sein. Es dient dazu, die Quellen anzugeben, aus denen die Energie gewonnen wurde. Der Verweis auf die Bestimmungen über die Offenlegung in der Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt liefert die erforderliche Klarstellung.

Änderungsantrag 18

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer g a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ga) „Übertragungsbescheinigung“ ein besonders gekennzeichnetes elektronisches Dokument, das von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis zur Übertragung einer bestimmten Menge von aus erneuerbaren Quellen gewonnener Energie an einen anderen Mitgliedstaat verwendet werden kann, und zwar ausschließlich für die Zwecke der Anrechnung auf die Ziele;

Or. en

Begründung

In Artikel 8 und 9 dieser Richtlinie wird eine neue flexible Methode zur Erreichung der nationalen Ziele im Bereich der erneuerbaren Energie für jene Mitgliedstaaten eingeführt, die sich auf freiwilliger Basis an einem solchen System beteiligen wollen. Es ist unbedingt klar zwischen Herkunftsnachweisen, die – wenn sie ausgestellt werden – nur zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger genutzt werden, und Übertragungsbescheinigungen zu unterscheiden, die nur den Zwecken der Anrechnung auf die Ziele dienen.

Änderungsantrag 19

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Nummer h

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

h) „Förderregelung“ eine Regelung, die auf eine **Marktintervention durch einen Mitgliedstaat** zurückgeht und **dazu beiträgt, dass** Energie aus erneuerbaren Quellen **dadurch einen Markt findet, dass die Kosten für die Erzeugung dieser Energie gesenkt** werden, **ihr Verkaufspreis erhöht wird oder ihre Absatzmenge durch eine Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energie oder auf**

h) „Förderregelung“ eine Regelung, die auf eine **politische Maßnahme** zurückgeht, **durch die Anreize zum Ausbau und zur stärkeren Nutzung von** Energie aus erneuerbaren Quellen **geschaffen oder verstärkt** werden; **nationale Förderregelungen umfassen insbesondere Verpflichtungen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Investitionsbeihilfen, Steuerbefreiungen oder -vergünstigungen,**

andere Weise gesteigert wird;

*Steuererstattungen und direkte
Preisstützungsregelungen, insbesondere
Einspeise- und Prämiensysteme;*

Or. en

Begründung

Die Definition von „Förderregelung“ muss klar sein.

Änderungsantrag 20

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 3 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

2. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass ihr Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen *den im Richtkurs* in Anhang I Teil B *angegebenen Anteil* erreicht oder übersteigt.

Geänderter Text

2. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass ihr Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen *die verbindlichen Mindestzwischenziele* in Anhang I Teil B erreicht oder übersteigt.

Or. en

Begründung

Um zu gewährleisten, dass die Gesamtziele der EG und der Mitgliedstaaten für 2020 erreicht werden, müssen auch verbindliche Zwischenziele angenommen werden. Der in Anhang I Teil B angegebene Richtkurs beginnt sehr niedrig und sieht den größten Anstieg bei den erneuerbaren Quellen erst in den letzten Jahren vor 2020 vor. Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorgaben nicht erfüllen, wird es sehr schwierig für sie, ihr Ziel für 2020 zu erreichen. In diesem Sinne ist dies als absolut notwendiges Minimum zu betrachten.

Änderungsantrag 21

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 3 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***2a. Zwei oder mehr Mitgliedstaaten
können die Ziele unter den Absätzen 1
und 2 mithilfe der in Artikel 9 Absatz 1b***

*genannten flexiblen Instrumente
gemeinsam verfolgen.*

*Die Kommission wird über eine
Zusammenarbeit gemäß diesem Absatz
von allen beteiligten Mitgliedstaaten
informiert, und das neue Ziel für die
Gruppe der Mitgliedstaaten sowie die
Methode für dessen Berechnung bedürfen
der Genehmigung durch die Kommission.*

Or. en

Begründung

Zusätzlich zur nationalen Förderregelung könnten die Mitgliedstaaten auf Wunsch auf freiwilliger Basis mithilfe zusätzlicher flexibler Instrumente wie den Übertragungsbescheinigungen (ÜB) oder gemeinsamen Projekten gemäß Artikel 9 Buchstabe c dieser Richtlinie zusammenarbeiten, um Flexibilität bei der Erreichung der Zwischenziele und der Gesamtziele für 2020 im Bereich der erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Änderungsantrag 22

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 3 Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***3. Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass
sein Anteil von Energie aus erneuerbaren
Quellen im Verkehrssektor im Jahr 2020
mindestens 10% seines
Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor
entspricht.***

entfällt

***Bei der Berechnung des
Gesamtenergieverbrauchs im
Verkehrssektor für die Zwecke von
Unterabsatz 1 werden andere
Mineralölerzeugnisse als Otto- und
Dieselkraftstoff nicht berücksichtigt.***

Or. en

Begründung

Das in der Richtlinie über erneuerbare Energien vorgegebene Ziel, bis 2020 einen Anteil von 10 % durch Biokraftstoffe abzudecken, wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom März 2007 vorgeschlagen. Die Staats- und Regierungschefs gingen allerdings davon aus, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich a) dass die Erzeugung nachhaltig ist und b) dass die zweite Generation kommerziell verfügbar ist. Seit März 2007 zeichnet sich zunehmend ab, dass diese Bedingungen nicht erfüllt sein werden. Daher muss das Ziel des Anteils von 10 % aufgegeben werden.

Änderungsantrag 23

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Titel

Vorschlag der Kommission

Artikel 4

Nationale Aktionspläne

Geänderter Text

Artikel 4

Aktionspläne **für erneuerbare Energien**

Or. en

Begründung

Zur Unterscheidung gegenüber den anderen Aktionsplänen im Bereich der Energie werden jene, die gezielt erneuerbare Energien betreffen, als „Aktionspläne für erneuerbare Energien“ (APEE) bezeichnet, wie das Europäische Parlament bereits in seinem INI-Bericht von MdEP Britta Thomsen über den Fahrplan für erneuerbare Energien in Europa (Entschließung des EP P6_TA(2007)0406 vom 25. September 2007) beschlossen hat.

Änderungsantrag 24

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Jeder Mitgliedstaat verabschiedet einen **nationalen Aktionsplan. Die nationalen Aktionsplänen enthalten die Ziele der Mitgliedstaaten für die Anteile von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrs-, Strom- sowie Wärme- und Kältesektor im Jahr 2020, die für das Erreichen dieser Ziele zu ergreifenden**

Geänderter Text

1. Jeder Mitgliedstaat verabschiedet einen Aktionsplan **für erneuerbare Energien (APEE).**

Maßnahmen, einschließlich nationaler Strategien zur Entwicklung der vorhandenen Biomasseressourcen, zur Mobilisierung neuer Biomasseressourcen für unterschiedliche Verwendungszwecke und zur Förderung ihrer Nutzung im Strom-, Wärme- und Kältesektor sowie im Verkehrssektor, und die zur Erfüllung der Anforderungen der Artikel 12 bis 17 zu treffenden Maßnahmen.

Or. en

Begründung

Zur Unterscheidung gegenüber den anderen Aktionsplänen im Bereich der Energie werden jene, die gezielt erneuerbare Energien betreffen, als „Aktionspläne für erneuerbare Energien“ (APEE) bezeichnet, wie das Europäische Parlament bereits in seinem INI-Bericht von MdEP Britta Thomsen über den Fahrplan für erneuerbare Energien in Europa (Entschließung des EP P6_TA(2007)0406 vom 25. September 2007) beschlossen hat.

Änderungsantrag 25

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1a. Sofern mehrere Mitgliedstaaten beabsichtigen, ihre Ziele gemeinsam zu verfolgen, legt jeder dieser Mitgliedstaaten die Einzelheiten der diesbezüglichen Vereinbarungen in seinem nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien fest.

Or. en

Begründung

Zusätzlich zur nationalen Förderregelung könnten die Mitgliedstaaten auf Wunsch auf freiwilliger Basis mithilfe zusätzlicher flexibler Instrumente wie den Übertragungsbescheinigungen (ÜB) oder gemeinsamen Projekten gemäß Artikel 9 Buchstabe c dieser Richtlinie zusammenarbeiten, um Flexibilität bei der Erreichung der Zwischenziele und der Gesamtziele für 2020 im Bereich der erneuerbaren Energien zu

ermöglichen. Jeder Mitgliedstaat, der dies beschlossen hat, muss in der Folge die Einzelheiten der gemeinsamen Vereinbarungen in seinem APEE beschreiben.

Änderungsantrag 26

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1b. Die Kommission stellt spätestens bis zum 30. Juni 2009 eine verbindliche Vorlage für die Aktionspläne für erneuerbare Energien zur Verfügung, die den Mitgliedstaaten Leitlinien vorgibt und die folgenden Mindestanforderungen enthält:

a) die Referenzstatistiken der Mitgliedstaaten über den Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Endenergieverbrauch im Jahr 2005 und im letzten verfügbaren Jahr, wobei der Endenergieverbrauch wie folgt definiert wird:

– feste Brennstoffe, Öl, Gas, erneuerbare Energieträger, Strom und Wärme (Abwärme, Fernwärme); aus erneuerbaren und nicht erneuerbaren Energieträgern gewonnene Wärme und Strom;

– Sektoren: Industrie, Haushalte und Dienstleistungen sowie Verkehr;

– Strom (ohne Strom zur Wärmeerzeugung und Warmwasserbereitung), Wärme (mit Strom zur Wärmeerzeugung und Warmwasserbereitung) und Verkehr; in jedem Fall aus erneuerbaren Quellen und nicht erneuerbaren Quellen;

b) die verbindlichen nationalen Gesamtziele der Mitgliedstaaten für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Endenergieverbrauch im Jahr 2020 gemäß Anhang I Teil A;

c) die verbindlichen nationalen Mindestzwischenziele der Mitgliedstaaten gemäß Anhang I Teil B;

d) die verbindlichen nationalen Ziele der Mitgliedstaaten für 2020 sowie ihre Zwischenziele für die Anteile von Energie aus erneuerbaren Quellen an Strom, Wärme und Kälte sowie Verkehr:

i) verbindliche Ziele für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Stromverbrauch:

– nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Stromverbrauch 2020 im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil A;

– nationales Zwischenziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Stromverbrauch im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil B;

ii) verbindliche Ziele für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen an Wärme und Kälte:

– nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen an Wärme und Kälte 2020 im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil A;

– nationales Zwischenziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen an Wärme und Kälte im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil B;

iii) verbindliche Ziele für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Verkehr:

– nationales Ziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Verkehr 2020 im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil A;

– nationales Zwischenziel für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Verkehr im Hinblick auf die Erfüllung von Anhang I Teil B;

e) Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele:

i) Übersichtstabelle über alle Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

ii) Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zur Stromerzeugung:

– allgemeine Maßnahmen einschließlich steuerpolitischer, finanzpolitischer, rechtlicher und anderer Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

– besondere Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen gemäß Artikel 12 bis 14;

iii) Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen zur Wärme und Kälte:

– allgemeine Maßnahmen einschließlich steuerpolitischer, finanzpolitischer, rechtlicher und anderer Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

– besondere Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen gemäß Artikel 12 und 13;

iv) Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehr:

– allgemeine Maßnahmen einschließlich steuerpolitischer, finanzpolitischer, rechtlicher und anderer Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

– besondere Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen gemäß Artikel 12 und 13 sowie Artikel 15 bis 17;

v) besondere Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von aus Biomasse gewonnener Energie:

– allgemeine Maßnahmen einschließlich steuerpolitischer, finanzpolitischer, rechtlicher und anderer Maßnahmen zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen;

– besondere Maßnahmen zur Mobilisierung neuer Biomasseressourcen unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze:

- Menge der zur Erreichung der Ziele erforderlichen Biomasse*

- Art und Herkunft der Biomasse sind festzulegen*

- Verfügbarkeit/Potenzial/Einfuhr und Ziel der Biomasse sollten in Einklang stehen*

- Es sind Maßnahmen festzulegen, um die Verfügbarkeit unter Berücksichtigung anderer Biomassenutzer (Sektoren auf Grundlage von Land- und Forstwirtschaft) zu verbessern*

f) Bewertungen:

i) der für jede Technologie, die erneuerbare Energien nutzt, erwartete Gesamtbeitrag zur Erreichung der verbindlichen Ziele für 2020 sowie der verbindlichen Zwischenziele für die Anteile von Energie aus erneuerbaren Quellen an Strom, Wärme und Kälte sowie Verkehr;

ii) der Brutto- und der Endenergieverbrauch im Jahr 2020 gemäß einem Szenarium bei unveränderter Haltung („Business-as-usual“) sowie gemäß einem Energieeffizienz-Szenarium;

iii) eine strategische Umweltprüfung gemäß der Richtlinie 2001/42/EG über die SUP, die die Umweltnutzen der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie deren Auswirkungen umfasst.

Begründung

Die meisten Bemühungen der EU zur Nutzung der erneuerbaren Energien zielen auf die Verbesserung des nationalen Rahmens für Investitionen in erneuerbare Energien ab. Die Kommission sollte daher spätestens bis zum 31. März 2010 den Mitgliedstaaten eine klare, harmonisierte Vorlage für die nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien zur Verfügung stellen, um die Vorlage der nationalen Aktionspläne und die darauf folgende Analyse zu erleichtern.

Änderungsantrag 27

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 4 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

2. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission ihre ***nationalen*** Aktionspläne spätestens bis zum 31. März 2010 mit.

Geänderter Text

2. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission ihre Aktionspläne ***für erneuerbare Energien*** spätestens bis zum 31. März 2010 mit.

Begründung

Zur Unterscheidung gegenüber den anderen Aktionsplänen im Bereich der Energie werden jene, die gezielt erneuerbare Energien betreffen, als „Aktionspläne für erneuerbare Energien“ (APEE) bezeichnet, wie das Europäische Parlament bereits in seinem INI-Bericht von MdEP Britta Thomsen über den Fahrplan für erneuerbare Energien in Europa (Entschließung des EP P6_TA(2007)0406 vom 25. September 2007) beschlossen hat.

Änderungsantrag 28

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 4 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2a. Binnen dreier Monate nach Bekanntgabe eines Aktionsplans für erneuerbare Energien durch einen Mitgliedstaat gemäß Absatz 2 kann die Kommission diesen Plan oder Aspekte

davon mit der Begründung ablehnen, dass er nicht alle gemäß Absatz 1b erforderlichen Elemente enthält oder mit den verbindlichen Zielen gemäß Anhang I unvereinbar ist. In diesem Fall schlägt der Mitgliedstaat Änderungen vor; der Aktionsplan gilt nicht als angenommen, solange die Kommission die Änderungen nicht gebilligt hat. Ablehnende Entscheidungen sind von der Kommission zu begründen.

Or. en

Begründung

Um zu gewährleisten, dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten entsprechend überwacht werden und jegliche Nichteinhaltung umgehend und wirksam angegangen wird, sollten strengere Verfahren für den vorgelegten Aktionsplan für erneuerbare Energien angenommen werden. Diese sollten für die Mitgliedstaaten verbindlich sein.

Änderungsantrag 29

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 4 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Ein Mitgliedstaat, dessen Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in dem unmittelbar vorhergehenden Zweijahreszeitraum unter **dem Richtkurs** in Anhang I Teil B liegt, legt der Kommission spätestens bis zum **30. Juni** des Folgejahres einen neuen **nationalen** Aktionsplan vor, in dem geeignete Maßnahmen festgelegt sind, durch die dafür gesorgt wird, dass künftig der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen **den im Richtkurs** in Anhang I Teil B **angegebenen Anteil erreicht oder** übersteigt.

Geänderter Text

3. Ein Mitgliedstaat, dessen Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in dem unmittelbar vorhergehenden Zweijahreszeitraum unter **den verbindlichen Zwischenzielen** in Anhang I Teil B liegt, legt der Kommission spätestens bis zum **31. März** des Folgejahres einen neuen Aktionsplan **für erneuerbare Energien** vor, in dem geeignete Maßnahmen festgelegt sind, durch die dafür gesorgt wird, dass künftig der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen **die Ziele** in Anhang I Teil B **zumindest um den Prozentsatz** übersteigt, **um den der Mitgliedstaat sein Zwischenziel verfehlt hat. Ferner kommt der direkte Sanktionsmechanismus gemäß Artikel 6a zur Anwendung.**

Begründung

Um zu gewährleisten, dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten entsprechend überwacht werden und jegliche Nichteinhaltung umgehend und wirksam angegangen wird, sollten strengere Verfahren für den vorgelegten Aktionsplan für erneuerbare Energien angenommen werden. Diese sollten für die Mitgliedstaaten verbindlich sein.

Änderungsantrag 30

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 – Absatz 1 – Unterabsatz 2**

Vorschlag der Kommission

***Biokraftstoffe und andere flüssige Biobrennstoffe**, die die in Artikel 15 festgelegten Kriterien für die ökologische Nachhaltigkeit nicht **erfüllen**, werden nicht berücksichtigt.*

Geänderter Text

***Biomasse als Energieträger**, die die in Artikel 15 festgelegten Kriterien für die ökologische **und soziale** Nachhaltigkeit nicht **erfüllt**, wird nicht berücksichtigt.*

Begründung

Nachhaltigkeitskriterien könnten für alle energetischen Nutzungen von Biomasse gelten.

Änderungsantrag 31

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 – Absatz 2**

Vorschlag der Kommission

***2. Die Mitgliedstaaten können bei der Kommission beantragen, dass für die Zwecke des Absatzes 1 der Bau von erneuerbare Energie einsetzenden Anlagen mit sehr langen Vorlaufzeiten in ihrem Gebiet unter folgenden Bedingungen berücksichtigt wird:**
Mit dem Bau der erneuerbare Energie einsetzenden Anlage muss vor 2016*

Geänderter Text

entfällt

*begonnen worden sein,
die erneuerbare Energie einsetzende
Anlage muss eine Produktionskapazität
von 5000 MW oder mehr aufweisen,
die Anlage kann nicht vor 2020 in Betrieb
genommen werden,
die Anlage muss vor 2022 in Betrieb
genommen werden können.*

*Die Kommission entscheidet, wie der
Anteil von Energie aus erneuerbaren
Quellen des Mitgliedstaates für das
Jahr 2020 korrigiert wird, wobei der
Baufortschritt, die Höhe der finanziellen
Förderung der Anlage und die nach
Fertigstellung in einem
durchschnittlichen Jahr aus
erneuerbaren Quellen zu erzeugende
Energiemenge berücksichtigt werden.*

*Gemäß dem Verfahren des Artikels 21
Absatz 2 arbeitet die Kommission
spätestens bis zum 31. Dezember 2012
Regeln für die Durchführung dieser
Bestimmung aus.*

Or. en

Begründung

Die Mitgliedstaaten sollten intensiv auf die Erfüllung der Ziele für 2020 hinarbeiten. Anpassungen der Ziele mit der Begründung „sehr lange Vorlaufzeiten“ und „höhere Gewalt“ könnten von den Mitgliedstaaten genutzt werden, um entweder die Ziele zu verwässern oder die Erreichung ihrer Ziele auf die lange Bank zu schieben oder sogar ganz zu vermeiden. Dieser Artikel sollte daher gestrichen werden. 27 Mitgliedstaaten haben sich über ihre Staatsschefts zu einem verbindlichen Ziel für 2020 verpflichtet. Es ist kein Ziel für 2022 oder 2024. Die Mitgliedstaaten sollten ihrer Verpflichtung nachkommen.

Änderungsantrag 32

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3. Ist ein Mitgliedstaat der Ansicht, dass *entfällt*

er wegen höherer Gewalt nicht in der Lage ist, den in der dritten Spalte der Tabelle in Anhang I festgelegten Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Endenergieverbrauch im Jahr 2020 zu erreichen, so setzt er die Kommission davon so schnell wie möglich in Kenntnis. Die Kommission erlässt eine Entscheidung zu der Frage, ob höhere Gewalt nachgewiesen wurde. Falls höhere Gewalt nachgewiesen wurde, lässt sie eine zweckmäßige Korrektur des Endverbrauchs von Energie aus erneuerbaren Quellen zu, der für den Mitgliedstaat für das Jahr 2020 angenommen wurde.

Or. en

Begründung

Der Europäische Gerichtshof hat wiederholt den Grundsatz der „höheren Gewalt“ als Bestandteil des EU-Rechts anerkannt und ihn in verschiedenen Zusammenhängen angewandt, ohne dass die EU-Rechtsvorschriften darauf Bezug nehmen müssten.

Änderungsantrag 33

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 4 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Aus Wasserkraft erzeugter Strom wird gemäß der Normalisierungsregel in Anhang II berücksichtigt.

Geänderter Text

Aus Wasserkraft **und Windkraft** erzeugter Strom wird gemäß der Normalisierungsregel in Anhang II berücksichtigt.

Or. en

Begründung

Wie die Wasserkraft kann auch die Windkraft in manchen Jahren erhebliche Schwankungen aufweisen. Um die zweijährigen verbindlichen Mindestzwischenziele nicht zu beeinträchtigen, sollte die Windleistung „normalisiert“ werden, damit die EU-weiten Mindestzwischenziele vergleichbar sind.

Änderungsantrag 34

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

5. Für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b wird der Endverbrauch von für Wärme und Kälte genutzter Energie aus erneuerbaren Quellen als der Verbrauch von Energie aus erneuerbaren Quellen berechnet, die der verarbeitenden Industrie, **dem Verkehrssektor**, Haushalten, dem Dienstleistungssektor, der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu Wärme- und Kältezwecken geliefert wird, einschließlich des Verbrauchs von Fernwärme oder Fernkälte erneuerbarer Herkunft, und gemäß Artikel 10 korrigiert wird.

Geänderter Text

5. Für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b wird der Endverbrauch von für Wärme und Kälte genutzter Energie aus erneuerbaren Quellen als der Verbrauch von Energie aus erneuerbaren Quellen berechnet, die der verarbeitenden Industrie, Haushalten, dem Dienstleistungssektor, der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu Wärme- und Kältezwecken geliefert wird, einschließlich des Verbrauchs von Fernwärme oder Fernkälte erneuerbarer Herkunft, und gemäß Artikel 10 korrigiert wird.

Or. en

Begründung

Die Umgebungswärme der Luft nutzende Wärmepumpen sind energieeffiziente Instrumente, die unter die bestehende Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über die Energieendeffizienz und Energiedienstleistungen fallen.

Änderungsantrag 35

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Von Wärmepumpen unter Nutzung geothermischer Energie aus dem Boden oder Wasser erzeugte thermische Energie wird für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b berücksichtigt. ***Von Wärmepumpen unter Nutzung von Umgebungswärme der Luft erzeugte thermische Energie wird für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b***

Geänderter Text

Durch Heiz- oder Kühlsysteme unter Nutzung geothermischer Energie aus dem Boden oder Wasser erzeugte thermische Energie wird für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b ***nur in dem Ausmaß*** berücksichtigt, ***das den für den Betrieb der Systeme erforderlichen Einsatz von Primärenergie aus nicht***

berücksichtigt, sofern die Energieeffizienz derartiger Wärmepumpen die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1980/2000 festgelegten Mindestanforderungen an Umweltzeichen erfüllt, gegebenenfalls insbesondere die in der Entscheidung 2007/742/EG festgelegte und im Einklang mit dieser Verordnung überprüfte Mindestleistungszahl.

erneuerbaren Quellen übersteigt.

Or. en

Begründung

Die Umgebungswärme der Luft nutzende Wärmepumpen sind energieeffiziente Instrumente, die unter die bestehende Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über die Energieendeffizienz und Energiedienstleistungen fallen.

Änderungsantrag 36

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 5 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Thermische Energie, die durch passive Energiesysteme erzeugt wird, bei denen ein niedrigerer Energieverbrauch auf passive Weise durch die Baukonstruktion oder durch aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Wärme erreicht wird, wird für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b nicht berücksichtigt.

Geänderter Text

Thermische Energie, die durch passive Energiesysteme erzeugt wird, bei denen ein niedrigerer Energieverbrauch auf passive Weise durch die Baukonstruktion oder **die Umgebungswärme der Luft nutzende Wärmepumpen** oder durch aus *nicht* erneuerbaren Energiequellen erzeugte Wärme erreicht wird, wird für die Zwecke des Absatzes 1 Buchstabe b nicht berücksichtigt.

Or. en

Begründung

Die Umgebungswärme der Luft nutzende Wärmepumpen sind energieeffiziente Instrumente, die unter die bestehende Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über die Energieendeffizienz und Energiedienstleistungen fallen.

Änderungsantrag 37

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 6 – Unterabsatz -1 (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***Für die Zwecke von Unterabsatz 1
Buchstabe c werden andere
Mineralölerzeugnisse als Otto- und
Dieselkraftstoff nicht berücksichtigt.***

Or. en

Begründung

Aus Biomasse gewonnene Treibstoffe für den Schiffsverkehr und den Luftverkehr fallen nicht unter diese Richtlinie.

Änderungsantrag 38

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 9 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

a) der Strom in der Gemeinschaft
verbraucht wird,

a) der Strom ***physisch importiert und*** in
der Gemeinschaft verbraucht wird,

Or. en

Begründung

*Dieser Zusatz wird in der Arbeitsgruppe Energie des Rates diskutiert und stellt eine
Verbesserung gegenüber dem Kommissionsvorschlag dar.*

Änderungsantrag 39

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 5 – Absatz 9 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***aa) der Drittstaat verbindliche
Zwischenziele und verbindliche Ziele für***

2020 für die stärkere Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen angenommen hat, die ähnlich ehrgeizig sind wie die Ziele gemäß Anhang I Teil A und Teil B;

Or. en

Begründung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist wesentlich für die Energieversorgungssicherheit der betreffenden Länder und der EU. Die potenziellen Einfuhren von erneuerbaren Energien aus diesen Staaten in die EU sind nur dann sinnvoll, wenn zusätzliche Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.

Änderungsantrag 40

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 – Absatz 9 – Buchstabe a b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ab) der Drittstaat gegebenenfalls die Anforderungen gemäß Anhang I Teil A und Teil B im unmittelbar vorhergehenden Verpflichtungszeitraum erfüllt hat;

Or. en

Begründung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist wesentlich für die Energieversorgungssicherheit der betreffenden Länder und der EU. Die potenziellen Einfuhren von erneuerbaren Energien aus diesen Staaten in die EU sind nur dann sinnvoll, wenn zusätzliche Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird.

Änderungsantrag 41

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 5 – Absatz 9 – Buchstabe c**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) für den Strom ein Herkunftsnachweis

c) für den Strom ein Herkunftsnachweis

ausgestellt *wird, der Teil eines Herkunftsnachweissystems ist, das dem* in dieser Richtlinie festgelegten System gleichwertig *ist*.

und eine Übertragungsbescheinigung ausgestellt *werden, die Teile von Systemen sind, die den* in dieser Richtlinie festgelegten System gleichwertig *sind*.

Or. en

Begründung

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist wesentlich für die Energieversorgungssicherheit der betreffenden Länder und der EU. Die potenziellen Einfuhren von erneuerbaren Energien aus diesen Staaten in die EU sind nur dann sinnvoll, wenn aus erneuerbaren Quellen zusätzliche Energie gewonnen wird und wenn für die Einfuhren gleichwertige Regeln gelten.

Änderungsantrag 42

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 1 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Herkunft von aus erneuerbaren Energiequellen erzeugtem Strom und die Herkunft von in Anlagen mit einer Kapazität von mindestens 5 MWth aus erneuerbaren Energiequellen erzeugter Wärme oder Kälte als aus erneuerbaren Energiequellen im Sinne dieser Richtlinie stammend gewährleistet wird.

Geänderter Text

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ***zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger*** die Herkunft von aus erneuerbaren Energiequellen erzeugtem Strom und die Herkunft von in Anlagen mit einer Kapazität von mindestens 5 MWth aus erneuerbaren Energiequellen erzeugter Wärme oder Kälte als aus erneuerbaren Energiequellen im Sinne dieser Richtlinie stammend gewährleistet wird.

Or. en

Begründung

Wie in der Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt beschrieben, dient der Herkunftsnachweis dazu, im Zuge der Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger nachzuweisen, dass eine bestimmte Menge von Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wurde.

Änderungsantrag 43

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe e a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

ea) gegebenenfalls die Art der Förderregelung, die für die Erzeugung der betreffenden Energieeinheit genutzt wurde; und

Or. en

Begründung

Um eine eventuelle Doppelzählung zu vermeiden und die Transparenz zu erhöhen, muss jeder Herkunftsnachweis auch die Art der Förderregelung enthalten, in deren Genuss die betreffende Produktionseinheit zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen gegebenenfalls gekommen ist.

Änderungsantrag 44

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 2 – Buchstabe e b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

eb) ob in der betreffenden Anlage zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen eine zusätzliche Produktion von erneuerbarer Energie gemäß Artikel 11a Absatz 2 erfolgt ist.

Or. en

Änderungsantrag 45

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 2 – Unterabsatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Herkunftsnachweise enthalten ferner Angaben darüber, ob

Übertragungsbescheinigungen für die betreffende Energieeinheit ausgestellt wurden.

Or. en

Begründung

Herkunftsnachweise und Übertragungsbescheinigungen haben unterschiedliche Funktionen, daher muss klar sein, ob beide elektronischen Dokumente für dieselbe MWh erneuerbarer Energie ausgestellt wurden.

Änderungsantrag 46

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 6 – Absatz 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

4a. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass im Fall der Ausstellung eines Herkunftsnachweises gemäß der Richtlinie 2004/8/EG in Bezug auf in einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage gewonnene erneuerbare Energie kein weiterer Herkunftsnachweis nach diesem Artikel ausgestellt wird. Dies gilt auch, wenn ein anderer Nachweis ausgestellt wurde, der im Hinblick auf die Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger gemäß Richtlinie 2003/54/EG verwendet werden kann.

Or. en

Begründung

Um eine Doppelzählung zu vermeiden, darf nur ein Herkunftsnachweis für den Anteil der erneuerbaren Energie ausgestellt werden.

Änderungsantrag 47

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***4b. Die Mitgliedstaaten können
Ausfuhren von Herkunftsnachweisen
beschränken, wenn die betreffende
Energieeinheit im Rahmen einer
nationalen Förderregelung unterstützt
wurde.***

Or. en

Begründung

Erneuerbare Energie, die im Rahmen einer Förderregelung unterstützt wird, sollte nicht als billige grüne Energie an andere Staaten verkauft werden.

Änderungsantrag 48

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 – Absatz 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***4c. Herkunftsnachweise begründen nicht
als solche ein Recht auf
Inanspruchnahme nationaler
Förderregelungen.***

Or. en

Änderungsantrag 49

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 6 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 6a

Übertragungsbescheinigungen für Strom,

***Wärme und Kälte, die aus erneuerbaren
Energiequellen erzeugt werden***

***1. Jene Mitgliedstaaten, die auf
freiwilliger Basis beschließen, den in
Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a
vorgesehenen Flexibilitätsmechanismus
zu nutzen, richten ein System ein, das
gewährleistet, dass auf Anfrage eines
Herstellers von Energie aus erneuerbaren
Quellen eine Übertragungsbescheinigung
ausgestellt wird. Mitgliedstaaten, die
freiwillig vereinbaren,
Übertragungsbescheinigungen für die
Berücksichtigung von gemeinsamen
Projekten gemäß der Option in Artikel 9
Absatz 1b Buchstabe c zu verwenden,
richten ein System ein, das gewährleistet,
dass für gemeinsame Projekte im Bereich
erneuerbare Energien
Übertragungsbescheinigungen ausgestellt
werden.***

***Eine Übertragungsbescheinigung gilt
standardmäßig für 1 MWh. Für jede
MWh erzeugte Energie wird nicht mehr
als eine Übertragungsbescheinigung
ausgestellt.***

***2. Übertragungsbescheinigungen werden
elektronisch ausgestellt, übertragen und
entwertet. Sie müssen genau, zuverlässig
und betrugssicher sein.***

***Die Übertragungsbescheinigung enthält
mindestens folgende Angaben:***

***a) Angaben zur Energiequelle, aus der die
Energie erzeugt wurde, und zu Beginn
und Ende ihrer Erzeugung;***

***b) Angaben dazu, ob die
Übertragungsbescheinigung***

i) Strom; oder

ii) Wärme und/oder Kälte betrifft;

***c) Bezeichnung, Standort, Typ und
Kapazität der Anlage, in der die Energie
erzeugt wurde, und Datum der
Inbetriebnahme der Anlage;***

d) Ausstellungsdatum und ausstellendes Land und eindeutige Kennnummer für jede Übertragungsbescheinigung;

e) Höhe und Art der Investitionsbeihilfe, die die Anlage erhalten hat; und

f) gegebenenfalls die Art der Förderregelung, die für die Erzeugung der betreffenden Energieeinheit genutzt wurde.

Übertragungsbescheinigungen enthalten ferner Angaben darüber, ob Herkunftsnachweise für die betreffende Energieeinheit ausgestellt wurden.

3. Der in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a genannte Mitgliedstaat erkennt Übertragungsbescheinigungen an, die von den anderen in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a genannten Mitgliedstaaten gemäß dieser Richtlinie ausgestellt wurden. Die in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe c genannten Mitgliedstaaten erkennen die Übertragungsbescheinigungen für die betreffenden gemeinsamen Projekte an. Eine Verweigerung der Anerkennung einer Übertragungsbescheinigung durch einen in diesem Absatz genannten Mitgliedstaat muss sich auf objektive, transparente und nichtdiskriminierende Kriterien stützen.

Falls die Anerkennung einer Übertragungsbescheinigung von einem in diesem Absatz genannten Mitgliedstaat verweigert wird, kann die Kommission eine Entscheidung erlassen, die den betreffenden Mitgliedstaat zu ihrer Anerkennung verpflichtet.

Mitgliedstaaten, die die in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a genannte Option nicht nutzen, müssen die von anderen Mitgliedstaaten ausgestellten Übertragungsbescheinigungen jedoch nicht anerkennen.

4. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass alle Übertragungsbescheinigungen, die

für in einem bestimmten Kalenderjahr aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Energie auszustellen sind, spätestens drei Monate nach Ende dieses Jahres ausgestellt werden.

5. Übertragungsbescheinigungen begründen nicht als solche ein Recht auf Inanspruchnahme nationaler Förderregelungen.

Or. en

Begründung

Übertragungsbescheinigungen (ÜB) für Strom, Wärme und Kälte, die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden, sind Teil einer freiwilligen Regelung, die von manchen Mitgliedstaaten angenommen werden kann, um gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten flexibler agieren zu können.

Änderungsantrag 50

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Titel

Vorschlag der Kommission

**Zuständige Stellen und
Herkunftsnachweisregister**

Geänderter Text

**Zuständige Stellen und *Register für*
Herkunftsnachweise und
Übertragungsbescheinigungen**

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 51

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

a) Einrichtung und Führung eines nationalen **Herkunftsnachweisregisters**,

Geänderter Text

a) Einrichtung und Führung eines nationalen **Registers für Herkunftsnachweise und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen**,

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 52

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 - Absatz 1 - Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

b) Ausstellung von Herkunftsnachweisen,

Geänderter Text

b) Ausstellung von Herkunftsnachweisen **und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen**,

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 53

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) Erfassung aller Übertragungen von Herkunftsnachweisen,

Geänderter Text

c) Erfassung aller Übertragungen von Herkunftsnachweisen ***und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen,***

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 54

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe d

Vorschlag der Kommission

d) Entwertung von Herkunftsnachweisen,

Geänderter Text

d) Entwertung von Herkunftsnachweisen ***und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen,***

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 55

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe e

Vorschlag der Kommission

e) Veröffentlichung eines jährlichen Berichts über die Zahl der ausgestellten Herkunftsnachweise, über die Zahl der an die anderen oder von den anderen zuständigen Stellen übertragenen Herkunftsnachweise und über die Zahl der entwerteten Herkunftsnachweise.

Geänderter Text

e) Veröffentlichung eines jährlichen Berichts über die Zahl der ausgestellten Herkunftsnachweise **und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen**, über die Zahl der an die anderen oder von den anderen zuständigen Stellen übertragenen Herkunftsnachweise **bzw. Übertragungsbescheinigungen** und über die Zahl der entwerteten Herkunftsnachweise **bzw. Übertragungsbescheinigungen**.

Or. en

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 56

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 7 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Im nationalen **Herkunftsnachweisregister** werden die von den einzelnen Personen gehaltenen Herkunftsnachweise erfasst. Ein Herkunftsnachweis wird jeweils nur in einem Register geführt.

Geänderter Text

3. Im nationalen **Register der Herkunftsnachweise und – sofern er auf die flexiblen Instrumente gemäß Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c zurückgreift – Übertragungsbescheinigungen** werden die von den einzelnen Personen gehaltenen Herkunftsnachweise **bzw. Übertragungsbescheinigungen** erfasst. Ein Herkunftsnachweis wird jeweils nur in einem Register geführt.

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 57

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 7 – Absatz 3 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3a. Die nationale zuständige Stelle ist die einzige zuständige Stelle für Herkunftsnachweise und Übertragungsbescheinigungen, sofern sich ein Mitgliedstaat freiwillig dafür entscheidet, und für alle Anlagen, die erneuerbare Energieträger im jeweiligen Mitgliedstaat nutzen. Die zuständige Stelle ist nicht für die Ausstellung von Herkunftsnachweisen und Übertragungsbescheinigungen für Anlagen zuständig, die erneuerbare Energieträger in anderen Mitgliedstaaten nutzen. Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass der Verantwortungsbereich der gemäß dieser Richtlinie in anderen Mitgliedstaaten eingerichteten zuständigen Stellen nicht verletzt wird.

Begründung

Eine einzige zuständige Stelle sollte für Herkunftsnachweise und – sofern sich ein Mitgliedstaat auf freiwilliger Basis dafür entschieden hat – Übertragungsbescheinigungen zuständig sein.

Änderungsantrag 58

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe a

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**a) wenn die Erzeugung einer
Stromeinheit aus erneuerbaren
Energiequellen oder die Erzeugung einer
Wärme- oder Kälteeinheit aus
erneuerbaren Energiequellen in einer
Anlage mit einer Kapazität von
mindestens 5 MWth durch die Zahlung
von Einspeisetarifen, die Zahlung von
Prämien, Steuersenkungen oder
Zahlungen aufgrund von
Ausschreibungen gefördert wird; in
diesem Fall wird der Herkunftsnachweis
der zuständigen Stelle vorgelegt, die von
dem Mitgliedstaat benannt wurde, der die
Förderregelung eingeführt hat;**

entfällt

Or. en

Begründung

Gemäß der Definition ist ein „Herkunftsnachweis“ ein elektronisches Dokument, das im Hinblick auf die Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger als Nachweis dafür dient, dass eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde. Durch diese Änderung wird Klarheit erzielt.

Änderungsantrag 59

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 - Absatz 1 - Buchstabe b

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**b) wenn eine aus erneuerbaren
Energiequellen erzeugte Stromeinheit
oder eine aus erneuerbaren
Energiequellen in einer Anlage mit einer
Kapazität von mindestens 5 MWth
erzeugte Wärme- oder Kälteeinheit bei der
Bewertung der Frage berücksichtigt wird,**

entfällt

ob eine Einrichtung eine Verpflichtung zur Nutzung erneuerbarer Energie erfüllt; in diesem Fall wird der Herkunftsnachweis der zuständigen Stelle vorgelegt, die von dem Mitgliedstaat benannt wurde, der die Verpflichtung eingeführt hat; oder

Or. en

Begründung

Gemäß der Definition ist ein „Herkunftsnachweis“ ein elektronisches Dokument, das im Hinblick auf die Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger als Nachweis dafür dient, dass eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde. Durch diese Änderung wird Klarheit erzielt.

Änderungsantrag 60

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

c) wenn ein Energieversorger oder ein Energieverbraucher sich dafür entscheidet, einen Herkunftsnachweis als Nachweis dafür zu verwenden, welchen Anteil erneuerbare Energie an seinem Energiemix ausmacht oder in welcher Menge sie darin enthalten ist, ***ohne die Vorteile einer Förderregelung gemäß Buchstabe a oder Buchstabe b in Anspruch zu nehmen***; in diesem Fall wird der Herkunftsnachweis der zuständigen Stelle vorgelegt, die von dem Mitgliedstaat benannt wurde, in dem die im betreffenden Energiemix ausgewiesene Energie verbraucht wird.

Geänderter Text

wenn ein Energieversorger oder ein Energieverbraucher sich dafür entscheidet, einen Herkunftsnachweis als Nachweis dafür zu verwenden, welchen Anteil erneuerbare Energie an seinem Energiemix ausmacht oder in welcher Menge sie darin enthalten ist, ***insbesondere zur Erfüllung der Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger gemäß der [Richtlinie 2003/54/EG]***; in diesem Fall wird der Herkunftsnachweis der zuständigen Stelle vorgelegt, die von dem Mitgliedstaat benannt wurde, in dem die im betreffenden Energiemix ausgewiesene Energie verbraucht wird.

Or. en

Begründung

Gemäß der Definition ist ein „Herkunftsnachweis“ ein elektronisches Dokument, das im Hinblick auf die Verpflichtung zur Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger als Nachweis dafür dient, dass eine bestimmte Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt wurde. Durch diese Änderung wird Klarheit erzielt.

Änderungsantrag 61

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1a. Die Mitgliedstaaten können vom betreffenden Energieversorger oder Energieverbraucher verlangen, dass er mit jedem Herkunftsnachweis eine Übertragungsbescheinigung zur Entwertung vorlegt, wenn aus dem Herkunftsnachweis hervorgeht, dass eine Übertragungsbescheinigung für die betreffende Energieeinheit ausgestellt wurde.

Or. en

Begründung

Es ist sinnvoll, vorzusehen, dass Mitgliedstaaten, die Strom aus erneuerbaren Energieträgern einführen, verlangen können, dass diese Einfuhren zur Erreichung des nationalen Ziels beitragen.

Änderungsantrag 62

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2. Hat ein Betreiber einen Herkunftsnachweis oder mehrere Herkunftsnachweise einer zuständigen Stelle gemäß Absatz 1 **Buchstabe a** oder

2. Die zuständige Stelle **entwertet** gemäß Absatz 1 **vorgelegte Herkunftsnachweise unmittelbar nach ihrer Vorlage.**

***Buchstabe b vorgelegt,
beantragt er für die gesamte künftige
Erzeugung von Energie aus erneuerbaren
Energiequellen in derselben Anlage
Herkunftsnachweise gemäß Artikel 6
Absatz 1;***

***legt er diese Herkunftsnachweise
derselben zuständigen Stelle zur
Entwertung vor.***

Or. en

Begründung

Herkunftsnachweise müssen entwertet werden, sobald sie der zuständigen Behörde vorgelegt werden.

Änderungsantrag 63

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

***2a. Entwertet eine zuständige Stelle einen
Herkunftsnachweis wird zur
Gewährleistung der Erfüllung der die
Offenlegung von Strom und Wärme und
Kälte betreffenden Anforderungen dieser
Richtlinie eine entsprechend Menge an
Energie aus erneuerbaren Quellen aus
dem Register gestrichen. Diese Streichung
verhindert eine Doppelzählung der offen
gelegten Mengen von Strom und Wärme
und Kälte aus erneuerbaren
Energiequellen.***

Or. en

Begründung

Herkunftsnachweise müssen entwertet werden, sobald sie der zuständigen Behörde vorgelegt werden, um eine Doppelzählung der Offenlegungsbescheinigungen zu verhindern.

Änderungsantrag 64

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 8a

Vorlage von Übertragungsbescheinigungen zur Entwertung

1. Mitgliedstaaten, die beschließen, dass sie sich an den in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe a oder c vorgesehenen Flexibilitätsmechanismen beteiligen wollen, müssen, solange sie diese Mechanismen nutzen, der gemäß Artikel 7 benannten zuständigen Stelle eine der betreffenden Energieeinheit entsprechende Übertragungsbescheinigung zur Entwertung vorlegen,

a) wenn die Erzeugung einer Stromeinheit aus erneuerbaren Energiequellen oder die Erzeugung einer Wärme- oder Kälteeinheit aus erneuerbaren Energiequellen in einer Anlage mit einer Kapazität von mindestens 5 MWth durch die Zahlung von Einspeisetarifen, die Zahlung von Prämien, Steuersenkungen oder Zahlungen aufgrund von Ausschreibungen gefördert wird; in diesem Fall wird die Übertragungsbescheinigung der zuständigen Stelle vorgelegt, die von dem Mitgliedstaat benannt wurde, der die Förderregelung eingeführt hat;

b) wenn eine aus erneuerbaren Energiequellen erzeugte Stromeinheit oder eine aus erneuerbaren Energiequellen in einer Anlage mit einer Kapazität von mindestens 5 MWth erzeugte Wärme- oder Kälteeinheit bei der Bewertung der Frage berücksichtigt wird, ob eine Einrichtung eine Verpflichtung

zur Nutzung erneuerbarer Energie erfüllt; in diesem Fall wird die Übertragungsbescheinigung der zuständigen Stelle vorgelegt, die von dem Mitgliedstaat benannt wurde, der die Verpflichtung eingeführt hat.

2. Für die Zwecke von Absatz 1 können die Mitgliedstaaten verlangen, dass die Übertragungsbescheinigung der zuständigen Stelle mit einem Herkunftsnachweis, der für die betreffende Energieeinheit ausgestellt wurde, zur Entwertung vorgelegt wird.

3. Hat ein Betreiber einer zuständigen Stelle eine Übertragungsbescheinigung oder mehrere Übertragungsbescheinigungen gemäß Absatz 1 Buchstabe a oder Buchstabe b vorgelegt,

a) beantragt er für die gesamte künftige Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen in derselben Anlage Übertragungsbescheinigungen gemäß Artikel 6a Absatz 1;

b) legt er diese Übertragungsbescheinigungen derselben zuständigen Stelle zur Entwertung vor.

4. Die Mitgliedstaaten ermächtigen die Betreiber auch, einer zuständigen Stelle auf freiwilliger Basis Übertragungsbescheinigungen zur Entwertung vorzulegen, um sicherzustellen, dass den Verbrauchern ein zusätzliches grünes Stromerzeugnis angeboten wird.

5. Die zuständige Stelle entwertet gemäß Absatz 1, Absatz 3 und Artikel 8 Absatz 1a vorgelegte Übertragungsbescheinigungen unmittelbar nach ihrer Vorlage.

6. Übertragungsbescheinigungen werden einer zuständigen Stelle nicht mehr als ein Jahr nach dem Datum ihrer Ausstellung zur Entwertung vorgelegt.

Begründung

Für jene Mitgliedstaaten, die sich für bestimmte Flexibilitätsmechanismen entscheiden, können Übertragungsbescheinigungen (ÜB) als Instrumente zur Berücksichtigung von Übertragungen dienen.

Änderungsantrag 65

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 9 – Titel**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Übertragung von Herkunftsnachweisen

***Nationale Förderregelungen und
Flexibilitätsinstrumente***

Begründung

Der abgeänderte Artikel betrifft nationale Förderregelungen und flexible Instrumente, die die Mitgliedstaaten nutzen können.

Änderungsantrag 66

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 9 – Absätze 1 und 1 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1. Mitgliedstaaten, deren Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in dem unmittelbar vorhergehenden Zweijahreszeitraum den Anteil erreicht oder übersteigt, der im Richtkurs in Anhang I Teil B angegeben ist, können bei den gemäß Artikel 7 benannten zuständigen Stellen beantragen, dass die nach Artikel 8 Absatz 1 zur Entwertung vorgelegten Herkunftsnachweise an einen anderen Mitgliedstaat übertragen werden. Solche Herkunftsnachweise werden von der zuständigen Stelle in dem

1. Nationale Förderregelungen zur Förderung von erneuerbaren Energien sind das wichtigste Instrument zur Erreichung der in Artikel 3 beschriebenen Ziele. Die Mitgliedstaaten können sich frei für verschiedene Förderregelungen für Energie aus erneuerbaren Quellen entscheiden.

Mitgliedstaat, der die Herkunftsnachweise erhält, unverzüglich entwertet.

1a. Solange es keine EU-weite Förderregelung gibt, muss es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob und in welchem Maße sie Energie aus erneuerbaren Quellen, die in anderen Mitgliedstaaten gewonnen wird, das Recht einräumen wollen, von ihrer nationalen Förderregelung zu profitieren, um zu gewährleisten, dass die nationalen Förderregelungen die Ziele dieser Richtlinie wirksam fördern.

Or. en

Begründung

Die in den Mitgliedstaaten bestehenden Förderregelungen sind das wichtigste Instrument zur Förderung der erneuerbaren Energien. Die Förderregelungen haben den größten Anteil an der Erreichung der Ziele und sie unterliegen der Subsidiarität.

Änderungsantrag 67

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 1 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1b. Zusätzlich zu den nationalen Förderregelungen können die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis gemäß einer der folgenden Optionen zusammenarbeiten, um Flexibilität bei der Erreichung der nationalen Ziele nach Artikel 3 zu erreichen:

a) Die Mitgliedstaaten können beschließen, Übertragungsbescheinigungen (ÜB) gemäß Artikel 6a Absatz 1 auszustellen, um sie zwischen Personen übertragbar zu machen. Eine solche Übertragung kann mit der Übertragung der Energie, auf die sich die Übertragungsbescheinigung bezieht, gekoppelt sein oder unabhängig

von einer solchen Übertragung erfolgen. Die Übertragung von ÜB zwischen Personen in verschiedenen Mitgliedstaaten ist nur möglich,

– wenn der die ÜB ausstellende Mitgliedstaat sein verbindliches Mindestzwischenziel gemäß Anhang I Teil B in dem Zweijahreszeitraum übertroffen hat, der dem Zeitraum, für den die Übertragung gilt, unmittelbar vorhergeht;

– wenn sie für Energie ausgestellt werden, die aus erneuerbaren Quellen in nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie in Betrieb genommenen Anlagen erzeugt wird.

b) Zwei oder mehr Mitgliedstaaten können vereinbaren, Energie aus erneuerbaren Quellen zu statistischen Zwecken untereinander zu übertragen, damit sie auf ihre nationalen Ziele angerechnet werden kann. Die Menge, die ein Mitgliedstaat gemäß dieser Option an einen anderen Mitgliedstaat übertragen kann, ist auf die Gesamtmenge der Energie aus erneuerbaren Quellen beschränkt, die durch eine Förderregelung des betreffenden Mitgliedstaats begünstigt wurde. Ein Mitgliedstaat kann nur dann Energie aus erneuerbaren Quellen aus statistischen Gründen an einen anderen Mitgliedstaat übertragen, wenn der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in dem Zweijahreszeitraum, der dem Zeitraum, für den die Übertragung gilt, unmittelbar vorhergeht, die verbindlichen Mindestzwischenziele gemäß Anhang I Teil B übertroffen hat. Solche Übertragungen werden erst wirksam, nachdem alle an der Übertragung beteiligten Mitgliedstaaten die Kommission über die Übertragung informiert haben.

c) Die Mitgliedstaaten können gemeinsame Projekte beschließen, in deren Rahmen ein oder mehrere Mitgliedstaaten (Investorstaat) ein Projekt im Bereich erneuerbare Energien in einem anderen Mitgliedstaat (Gaststaat) unterstützt. In diesem Fall können der Gaststaat und der Investorstaat Energie aus erneuerbaren Quellen zu statistischen Zwecken untereinander übertragen oder der Gaststaat stellt Übertragungsbescheinigungen für die im Rahmen des betreffenden Projekts produzierte erneuerbare Energie aus und überträgt diese Bescheinigungen an den Investorstaat. Ein Mitgliedstaat kann nur dann Gaststaat für gemeinsame Projekte gemäß dieser Option c werden, wenn sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen in dem Zweijahreszeitraum, der dem Zeitraum, in dem das gemeinsame Projekt beschlossen wird, unmittelbar vorhergeht, den Richtkurs in Anhang I Teil B um mindestens jene Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen übersteigt, die im Rahmen des betreffenden gemeinsamen Projekts produziert werden soll.

d) Zwei oder mehr Mitgliedstaaten können die gemeinsame Erfüllung der Ziele gemäß Artikel 3 Absatz 3 beschließen, z. B. indem sie gemeinsame grenzüberschreitende Regelungen einrichten oder ihre Förderregelungen für Energie aus anderen Mitgliedstaaten öffnen.

Wenn zwei oder mehr Mitgliedstaaten beschließen, auf freiwilliger Basis die Ziele gemäß Artikel 3 Absätze 1 und 2 gemeinsam zu verfolgen, so werden das Gesamtziel und die verbindlichen Zwischenziele gemeinsam für die Gruppe der beteiligten Mitgliedstaaten als Durchschnitt ihrer jeweiligen Zwischen- und Gesamtziele gemäß Anhang I Teil A und Teil B berechnet, der mit dem in den Jahren bis 2020 erwarteten

Energieendverbrauch in jedem beteiligten Mitgliedstaat gewichtet wird.

Or. en

Begründung

Der Großteil der Bemühungen um die Erreichung des Gesamtziels muss in Form von nationalen Maßnahmen erfolgen. In dieser Hinsicht ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Regierungen Förderregelungen ausarbeiten können, die am besten für die nationalen Gegebenheiten geeignet sind. Übertragungen zwischen Personen, statistische Übertragungen, gemeinsame Projekte oder gemeinsame grenzüberschreitende Regelungen können von den Mitgliedstaaten, die sich freiwillig dafür entscheiden, ihre jeweiligen Ziele gemeinsam zu erreichen, als flexible Instrumente genutzt werden.

Änderungsantrag 68

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 9 – Absatz 1 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1c. Mitgliedstaaten, die auf die Optionen a oder d in Absatz 1b zurückgreifen, können abweichend von Artikel 8a Absatz 3 beschließen, die Betreiber zu ermächtigen, Übertragungsbescheinigungen zur Entwertung verschiedenen zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten vorzulegen, die die gleichen Flexibilitätsoptionen nutzen.

Or. en

Begründung

Dieser Zusatz ist im Sinne der Kohärenz zwischen Artikel 9 und 8a notwendig.

Änderungsantrag 69

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Die Mitgliedstaaten können für die Übertragung von **Herkunftsnachweisen** an oder von Personen in anderen Mitgliedstaaten ein System der Vorabgenehmigung einführen, wenn ohne ein solches System damit zu rechnen ist, dass die Übertragung **von Herkunftsnachweisen an den betreffenden oder von dem betreffenden Mitgliedstaat** sie in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, eine sichere und ausgewogene Energieversorgung zu gewährleisten, oder **wenn damit zu rechnen ist**, dass diese Übertragung dem Erreichen der ihrer Förderregelung zugrunde liegenden Umweltziele zuwider läuft.

Geänderter Text

2. Die Mitgliedstaaten können für die Übertragung von **Übertragungsbescheinigungen** an oder von Personen in anderen Mitgliedstaaten ein System der Vorabgenehmigung einführen, wenn ohne ein solches System damit zu rechnen ist, dass die Übertragung sie in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, eine sichere und ausgewogene Energieversorgung zu gewährleisten, oder dass diese Übertragung dem Erreichen der ihrer Förderregelung zugrunde liegenden Umweltziele zuwider läuft **oder sie in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, Artikel 3 Absätze 1 und 2 zu erfüllen**.

Or. en

Begründung

Da nationale Maßnahmen und nationale Förderregelungen den größten Beitrag zur Erreichung der Gesamtziele leisten, ist deren gutes Funktionieren zu gewährleisten.

Änderungsantrag 70

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Die Mitgliedstaaten können für die Übertragung von Herkunftsnachweisen an Personen in anderen Mitgliedstaaten ein System der Vorabgenehmigung einführen, wenn ohne ein solches System damit zu rechnen ist, dass die Übertragung von Herkunftsnachweisen sie in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, den

Geänderter Text

entfällt

Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1 nachzukommen oder dafür zu sorgen, dass der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen den im Richtkurs in Anhang I Teil B angegebenen Anteil erreicht oder übersteigt.

Or. en

Begründung

Da nationale Maßnahmen und nationale Förderregelungen den größten Beitrag zur Erreichung der Gesamtziele leisten, ist deren gutes Funktionieren zu gewährleisten.

Änderungsantrag 71

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 9 – Absatz 3**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3. Vorbehaltlich der nach Absatz 2 erlassenen Bestimmungen können Herkunftsnachweise zwischen Personen in verschiedenen Mitgliedstaaten übertragen werden, sofern sie für Energie ausgestellt werden, die aus erneuerbaren Quellen in nach dem Inkrafttreten dieser Richtlinie in Betrieb genommenen Anlagen erzeugt wird. ***entfällt***

Die Übertragung kann mit der Übertragung von Energie, auf die sich der Herkunftsnachweis bezieht, gekoppelt sein oder unabhängig von einer solchen Übertragung erfolgen.

Or. en

Begründung

Diese Teile des Kommissionsvorschlags sind nicht mehr erforderlich.

Änderungsantrag 72

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 9 – Absatz 5

Vorschlag der Kommission

5. Die Kommission bewertet spätestens am 31. Dezember 2014 die Durchführung der Bestimmungen dieser Richtlinie, die die **Übertragung von Herkunftsnachweisen** zwischen den Mitgliedstaaten betreffen, und die damit verbundenen Kosten und Vorteile. Gegebenenfalls unterbreitet sie dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge.

Geänderter Text

5. Die Kommission bewertet spätestens am 31. Dezember 2014 die Durchführung der Bestimmungen dieser Richtlinie, die die **Flexibilitätsinstrumente** zwischen den Mitgliedstaaten betreffen, und die damit verbundenen Kosten und Vorteile. Gegebenenfalls unterbreitet sie dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge.

Or. en

Begründung

Die mit dieser Richtlinie geschaffenen Flexibilitätsinstrumente müssen bewertet werden.

Änderungsantrag 73

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10

Vorschlag der Kommission

Artikel 10

Auswirkungen der Entwertung von **Herkunftsnachweisen**

Entwertet eine zuständige Stelle **einen Herkunftsnachweis**, den sie nicht selbst ausgestellt hat, wird zur Bewertung der Erfüllung der nationalen Ziele betreffenden Anforderungen dieser Richtlinie eine entsprechend Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen

a) von der Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen subtrahiert, die bei der Bewertung der Zielerfüllung durch den Mitgliedstaat der zuständigen Stelle, die **den Herkunftsnachweis** ausgestellt hat, für

Geänderter Text

Artikel 10

Auswirkungen der Entwertung von **Übertragungsbescheinigungen**

1. Entwertet eine zuständige Stelle **eine Übertragungsbescheinigung**, die sie nicht selbst ausgestellt hat, wird zur Bewertung der Erfüllung der nationalen Ziele betreffenden Anforderungen dieser Richtlinie eine entsprechend Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen

a) von der Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen subtrahiert, die bei der Bewertung der Zielerfüllung durch den Mitgliedstaat der zuständigen Stelle, die **die Übertragungsbescheinigung**

das Jahr der Erzeugung der **im Herkunftsnachweis** ausgewiesenen Energie berücksichtigt wird, und

b) zu der Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen addiert, die bei der Bewertung der Zielerfüllung durch den Mitgliedstaat der zuständigen Stelle, die **den Herkunftsnachweis** entwertet hat, für das Jahr der Erzeugung der **im Herkunftsnachweis** ausgewiesenen Energie berücksichtigt wird.

ausgestellt hat, für das Jahr der Erzeugung der **in der Übertragungsbescheinigung** ausgewiesenen Energie berücksichtigt wird, und

b) zu der Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen addiert, die bei der Bewertung der Zielerfüllung durch den Mitgliedstaat der zuständigen Stelle, die **die Übertragungsbescheinigung** entwertet hat, für das Jahr der Erzeugung der **in der Übertragungsbescheinigung** ausgewiesenen Energie berücksichtigt wird.

Or. en

Begründung

In diesem Artikel wird erklärt, wie die Flexibilitätsinstrumente berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 74

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 10 – Absatz 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1a. Übertragungsbescheinigungen, die den zuständigen Behörden auf freiwilliger Basis gemäß Artikel 8a Absatz 4 vorgelegt wurden, leisten keinen Beitrag zur Messung der Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie in Bezug auf die nationalen Ziele durch einen Mitgliedstaat. Daher wird die gleichwertige Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen gemäß Absatz 1 Buchstabe a dieses Artikels subtrahiert, jedoch für keinen Mitgliedstaat gemäß Absatz 1 Buchstabe b addiert.

Or. en

Begründung

In diesem Artikel wird erklärt, wie die Flexibilitätsinstrumente berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 75

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 10 – Absatz 1 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

1b. Im Falle, dass eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten über die Übertragung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu statistischen Zwecken gemäß der Option in Artikel 9 Absatz 1b Buchstabe b in Kraft getreten ist, haben solche Übertragungen dieselbe Auswirkung auf die Messung der Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie in Bezug auf die nationalen Ziele gemäß Absatz 1 dieses Artikels wie die Übertragung einer entsprechenden Anzahl von Übertragungsbescheinigungen für die betreffenden Jahre der Energieproduktion.

Or. en

Begründung

In diesem Artikel wird erklärt, wie die Flexibilitätsinstrumente berücksichtigt werden.

Änderungsantrag 76

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 10 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 10a

Direkter Sanktionsmechanismus

1. Zur Gewährleistung der eindeutigen korrekten Einhaltung der Ziele dieser

Richtlinie durch die Mitgliedstaaten richtet die Kommission einen direkten Sanktionsmechanismus zu deren Bestrafung ein.

2. Die Kommission verhängt direkte Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, die die Ziele der Richtlinie nicht erfüllen, weil sie die verbindlichen Zwischenziele in Anhang I Teil B in dem unmittelbar vorhergehenden Zweijahreszeitraum nicht erreicht haben, und die nicht nachweisen können, dass sie Übertragungsbescheinigungen gemäß Artikel 3 und 9 von einem dritten Mitgliedstaat (der seine Ziele übertroffen hat) erhalten haben. Im Falle gemeinsamer Projekte oder gemeinsamer nationaler Pläne von zwei oder mehr Mitgliedstaaten verhängt die Kommission gemeinsame Sanktionen gegen jene Mitgliedstaaten, die an der betreffenden gemeinsamen Umsetzung oder am gemeinsamen Plan beteiligt waren und die gemeinsamen verbindlichen Richtziele nicht erreicht haben.

3. Die Kommission nimmt die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung von Absatz 1 und insbesondere zur Festlegung der notwendigen Leitlinien sowie der Methoden zur Berechnung und Einziehung der Strafen für die Nichterfüllung bis spätestens Ende 2010 und zur Annahme detaillierter Bestimmungen für die verwaltungstechnische Abwicklung und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds, in den diese Einnahmen fließen sollten, gemäß Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (zweckgebundene Einnahmen) an. Diese Durchführungsmaßnahmen sollten auch Bestimmungen über die Verwaltung und

Nutzung der Mittel zur Förderung von Projekten im Bereich erneuerbare Energien in Mitgliedstaaten, die ihre Ziele übertroffen haben, und generell zur Verbesserung und Stärkung der Erforschung, Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien und für eine verbesserte Energieeffizienz in der Europäischen Union enthalten.

4. Die Kommission leitet ein Verfahren zur Verhängung direkter Sanktionen ein, wenn die Bewertung des Berichts eines Mitgliedstaats gezeigt hat, dass dieser Mitgliedstaat seine Ziele nicht erfüllt, oder wenn zu irgendeinem Zeitpunkt nachgewiesen wird, dass der Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

5. Die Geldstrafe sollte auf der Grundlage dessen berechnet werden, um wieviele MWh erneuerbarer Energie der Mitgliedstaat sein verbindliches Ziel verfehlt hat, und sie sollte in einer angemessenen Höhe festgesetzt werden, so dass ein starker Anreiz für die Mitgliedstaaten besteht, Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen, um die nationalen Ziele zu erreichen oder sogar zu übertreffen.

6. Die Maßnahmen, die durch Hinzufügung eine Änderung nicht wesentlicher Bestimmungen dieser Richtlinie bewirken, werden nach dem in Artikel 5a des Beschlusses 1999/468/EG genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle erlassen.

7. Die Zahlung der Strafe entbindet den Mitgliedstaat nicht von seiner Pflicht, seine verbindlichen Zwischenziele gemäß Anhang I Teil B und das in der dritten Spalte der Tabelle in Anhang I angegebene Gesamtziel zu erfüllen. In diesem Fall gilt auch Artikel 4 Absatz 3.

Or. en

Begründung

Lange wurden im EU-Recht Quoten und Abgaben als ordnungspolitische Instrumente genutzt; nun sollte als Bestandteil der Umweltpolitik eine Strafe beschlossen werden, um Anreize für die Mitgliedstaaten zur Erreichung der Ziele zu schaffen. Sie sollte so berechnet werden, dass gewährleistet ist, dass für die Mitgliedstaaten ein starker Anreiz besteht, Investitionen in erneuerbare Energien zu tätigen, um ihre Ziele zu erreichen oder sogar zu übertreffen. Aktuelle wirtschaftlichen Überlegungen zufolge wären 90 Euro pro verfehelter MWh erneuerbarer Energie eine angemessene Grundlage für die Strafe.

Änderungsantrag 77

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 11 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 11a

Verbraucherschutz

1. Mitgliedstaaten, die Förderregelungen für Energie aus erneuerbaren Quellen eingerichtet haben, verlangen die Erstellung von Herkunftsnachweisen für die geförderte Energieproduktion. Die Mitgliedstaaten klären auch, wie diese Herkunftsnachweise den Endenergieverbrauchern oder ihren Versorgern zugeteilt werden.

2. Die Mitgliedstaaten verlangen von Versorgern, die Energie aus erneuerbaren Quellen an Endverbraucher verkaufen, dass sie der zuständigen Stelle des betreffenden Mitgliedstaates auf freiwilliger Basis gemäß Artikel 8a Absatz 4 jährlich eine Anzahl von Übertragungsbescheinigungen vorlegen, die mindestens einem Drittel des Anteils der an Endverbraucher verkauften Energie aus erneuerbaren Quellen entspricht.

Die Mitgliedstaaten ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Anforderungen sicherzustellen.

Begründung

Als „grün“ gekennzeichnete Strom sollte den Verbrauchern „Zusätzlichkeit“ gegenüber den ohnehin bestehenden nationalen Förderregelungen gewährleisten. Dies kann durch den Kauf von Übertragungsbescheinigungen (ÜB) auf freiwilliger Basis erfolgen.

Änderungsantrag 78

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 12 – Titel**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Artikel 12

Artikel 12

Verwaltungsverfahren **und** Vorschriften

Verwaltungsverfahren, Vorschriften **und**
Finanzierung

Begründung

Der Zugang zur Finanzierung ist der Schlüssel zum erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien in Europa.

Änderungsantrag 79

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Einleitungssatz**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Die Mitgliedstaaten sorgen insbesondere dafür, dass

Die Mitgliedstaaten sorgen insbesondere dafür, dass **bis zum 31. Dezember 2010**

Begründung

Es ist ein klarer Termin festzusetzen, bis zu dem die Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmen zu den Verwaltungsverfahren und Vorschriften für die Förderung der erneuerbaren Energien vorlegen müssen.

Änderungsantrag 80

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe a a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

aa) eine einzige Verwaltungsstelle eingerichtet wird, die für die Bearbeitung von Genehmigungs-, Zertifizierungs- und Zulassungsanträgen für Anlagen zur Nutzung von erneuerbarer Energie und die Unterstützung von Antragstellern zuständig ist;

Or. en

Begründung

Eine zentrale Anlaufstelle, die alle notwendigen Genehmigungen auf den verschiedenen Regierungsebenen koordiniert, wird eine rationellere Abwicklung der Investitionen in erneuerbare Energien ermöglichen. Jeder Mitgliedstaat sollte spätestens bis 31. Dezember 2010 eine solche einzige Verwaltungsstelle einrichten.

Änderungsantrag 81

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe c

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

c) die Vorschriften für Genehmigung, Zertifizierung und Zulassung objektiv, transparent ***und*** nichtdiskriminierend sind und den Besonderheiten der einzelnen Technologien für erneuerbare Energiequellen gebührend Rechnung tragen;

c) die Vorschriften für Genehmigung, Zertifizierung und Zulassung ***sowie deren Anwendung*** objektiv, transparent, nichtdiskriminierend, ***angemessen und notwendig*** sind und den Besonderheiten der einzelnen Technologien für erneuerbare Energiequellen gebührend Rechnung tragen;

Or. en

Begründung

Missbräuche oder künstlich geschaffene Belastungen für Projekte im Bereich erneuerbare Energien, etwa dass sie ungerechtfertigt so behandelt werden wie Projekte mit einem hohem

Gesundheitsrisiko, können nicht hingenommen werden. Die für die Genehmigung, Zertifizierung und Zulassung zuständige Verwaltungseinheit muss objektiv, transparent, nichtdiskriminierend und angemessen vorgehen, wenn sie über bestimmte Projekte entscheidet.

Änderungsantrag 82

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe f

Vorschlag der Kommission

f) weniger aufwändige Genehmigungsverfahren für kleinere Projekte eingeführt werden und

Geänderter Text

f) weniger aufwändige Genehmigungsverfahren für kleinere Projekte ***und dezentralisierte Einrichtungen für erneuerbare Energien wie Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen, kleine Biomasseöfen und kleine Biogas-Mikro-KWK-Anlagen*** eingeführt werden ***und die Genehmigung durch eine einfache Information der zuständigen Regierungsstelle ersetzt wird*** und

Or. en

Begründung

Eine einfache Information anstelle einer aufwändigen Genehmigung wird die Verbreitung von kleinen und dezentralisierten Anlagen für erneuerbare Energie beschleunigen.

Änderungsantrag 83

Vorschlag für eine Richtlinie

Artikel 12 – Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Die Mitgliedstaaten legen eindeutige technische Spezifikationen fest, die Geräte und Systeme, die erneuerbare Energie nutzen, erfüllen müssen, damit ihnen die Förderregelungen zugute kommen. Gibt es europäische Normen, einschließlich

Geänderter Text

2. Die Mitgliedstaaten legen eindeutige technische Spezifikationen fest, die Geräte und Systeme, die erneuerbare Energie nutzen, erfüllen müssen, damit ihnen die Förderregelungen zugute kommen. Gibt es europäische Normen, einschließlich

Umweltzeichen, Energiezeichen und sonstige von den europäischen Normengremien entwickelte technische Referenzsysteme, werden solche technischen Spezifikationen auf der Grundlage dieser Normen abgefasst. Solche technischen Spezifikationen schreiben nicht vor, wo die Geräte und Systeme zu zertifizieren sind.

Umweltzeichen, Energiezeichen und sonstige von den europäischen Normengremien entwickelte technische Referenzsysteme, werden solche technischen Spezifikationen auf der Grundlage dieser Normen abgefasst. Solche technischen Spezifikationen schreiben nicht vor, wo die Geräte und Systeme zu zertifizieren sind, **und dürfen die nationalen Märkte nicht abschotten.**

Or. en

Begründung

Die nationalen technischen Spezifikationen sollten nicht zum Schutz der nationalen Märkte eingesetzt werden.

Änderungsantrag 84

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Die Mitgliedstaaten verlangen von lokalen und regionalen Verwaltungsstellen, die Installation von Geräten und Systemen für die Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom aus erneuerbaren Energiequellen und für Fernwärme und –kälte bei der Planung, dem Entwurf, dem Bau und der Neugestaltung von Industrie- oder Wohngebieten **in Erwägung zu ziehen.**

Geänderter Text

3. Die Mitgliedstaaten verlangen von lokalen und regionalen Verwaltungsstellen, die Installation von Geräten und Systemen für die Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom aus erneuerbaren Energiequellen und für Fernwärme und –kälte bei der Planung, dem Entwurf, dem Bau und der Neugestaltung von Industrie- oder Wohngebieten **sicherzustellen.**

Or. en

Begründung

Lokale und regionale Verwaltungen müssen die europäischen und nationalen Beschlüsse über die Entwicklung der erneuerbaren Energien umsetzen – und sind wichtige Akteure bei der Schaffung von Investitionssicherheit durch die Festsetzung eindeutiger Vorschriften.

Änderungsantrag 85

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

4. In ihren Bauvorschriften verlangen die Mitgliedstaaten die Nutzung eines Mindestmaßes an Energie aus erneuerbaren Energiequellen in neuen oder renovierten Gebäuden. ***Ausnahmen von diesen Mindestwerten sind transparent und stützen sich auf Kriterien hinsichtlich der Nutzung von Passiv-, Niedrigenergie- und Nullenergiehäusern oder örtlichen Beschränkungen der Verfügbarkeit erneuerbarer Energiequellen.***

Geänderter Text

4. In ihren Bauvorschriften verlangen die Mitgliedstaaten die Nutzung eines Mindestmaßes an Energie aus erneuerbaren Energiequellen in neuen oder renovierten Gebäuden.

Or. en

Begründung

Obligatorische Anlagen für erneuerbare Energien in allen neuen Gebäuden und bei umfangreichen Renovierungsarbeiten sind der Schlüssel zur Beschleunigung der Verbreitung der erneuerbaren Energien.

Änderungsantrag 86

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

4a. Die Mitgliedstaaten fördern von 2010 an vorausschauend Energieüberschuss-Konzepte für öffentliche und private Bauwerke und schreiben spätestens ab 2015 Energieüberschusshäuser vor. Die Mitgliedstaaten verlangen, dass ihre eigenen Gebäude und die Gebäude öffentlicher oder halböffentlicher Stellen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu Vorzeigeprojekten für den Einsatz von erneuerbaren Energien

werden und von 2012 an den Standards für Energieüberschusshäuser entsprechen.

Die Dächer aller öffentlichen oder halböffentlichen Bauten werden Dritten für Investitionen in Installationen für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung gestellt.

Or. en

Begründung

Die Mitgliedstaaten koordinieren die Konzepte für die Renovierung bestehender Baumasse, die Modernisierung bestehender Anlagen für Fernwärme und -kälte bzw. deren Neubau und die schrittweise Einführung erneuerbarer Energien mit ihren lokalen und regionalen Behörden.

Änderungsantrag 87

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 5 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Bei Biomasse **fördern** die Mitgliedstaaten Umwandlungstechnologien, die einen Umwandlungswirkungsgrad von mindestens 85 % für Privathaushalts- und kommerzielle Anwendungen und von mindestens 70 % für industrielle Anwendungen erreichen.

Geänderter Text

Bei Biomasse **widmen** die Mitgliedstaaten Umwandlungstechnologien, die einen Umwandlungswirkungsgrad von mindestens 85 % für Privathaushalts- und kommerzielle Anwendungen und von mindestens 70 % für industrielle Anwendungen erreichen, **besondere Aufmerksamkeit**.

Or. en

Begründung

Bei der Ausarbeitung der nationalen Förderregelungen sollten die Mitgliedstaaten Technologien besondere Aufmerksamkeit widmen, die bei der Umwandlung von Biomasse den höchsten Wirkungsgrad erreichen.

Änderungsantrag 88

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 5 – Unterabsatz 3

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Bei Wärmepumpen fördern die Mitgliedstaaten Wärmepumpen, die die in der Entscheidung 2007/742/EG festgelegten Mindestanforderungen für die Vergabe des EG-Umweltzeichens erfüllen. ***entfällt***

Or. en

Begründung

Wärmepumpen, die die Umgebungsluft nutzen, gelten nicht als erneuerbare Energiequelle. Sie entsprechen jedoch der Energieeffizienzanforderung gemäß Richtlinie 2006/32/EG (über die Energieeffizienz und Energiedienstleistungen).

Änderungsantrag 89

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 5 – Unterabsatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Bei Solarenergie fördern die Mitgliedstaaten Geräte und Systeme, die einen Umwandlungswirkungsgrad von mindestens 35 % erreichen. ***entfällt***

Or. en

Begründung

Die Idee der Kommission ist kontraproduktiv, da sie eine Diskriminierung gegenüber unverlasteten Warmwasser-Solaranlagen und größeren Solarheizanlagen darstellen würde.

Änderungsantrag 90

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 12 – Absatz 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

5a. Ein einfacher Zugang zu öffentlichen und privaten Finanzmitteln und Projekten von europäischem Interesse im Bereich erneuerbare Energien ist zu gewährleisten.

Um die Finanzierung der Erreichung des 20 %-Ziels zu vereinfachen, legen die Kommission und die Mitgliedstaaten spätestens 2009 eine Analyse und einen Plan vor, die insbesondere folgende Zielsetzungen verfolgen:

***– bessere Nutzung der Strukturfonds für erneuerbare Energien,
– bessere und stärkere Nutzung von Mitteln der Europäischen Investitionsbank und anderer öffentlicher Finanzinstitute;
– besserer Zugang zu Risikokapital, insbesondere durch die Analyse der Durchführbarkeit einer „Risk-Sharing-Fazilität“ für Investitionen in erneuerbare Energien in der EU, ähnlich der GEEREF-Initiative, die Investitionen in erneuerbare Energien und in die Energieeffizienz außerhalb der EU vorbehalten ist.***

Die Kommission untersucht insbesondere, wie diese neuen

Finanzierungsmöglichkeiten für die Beschleunigung von „Projekten von europäischem Interesse im Bereich erneuerbare Energien“ genutzt werden können, insbesondere durch folgende Maßnahmen:

– Beschleunigung der Entwicklung von Gemeinschaften und Städten, die zu 100 % erneuerbare Energien nutzen, im Rahmen der Initiative „Konvent der Bürgermeister“;

- *Beschleunigung des Ausbaus der notwendigen Netzinfrastruktur zur Entwicklung von Offshore-Wind- und Meeresenergiepotenzialen in der Nord- und Ostsee;*
- *Beschleunigung der Umsetzung von Fernwärme- und -kältenetzen auf der Grundlage von Biomasse in Nord- und Osteuropa in Kombination mit einem umfangreichen Nachrüstungsprogramm für die bestehende Baumassee;*
- *Beschleunigung des Ausbaus von Verbindungsleitungen zu den Mittelmeerländern, um das beträchtliche Potenzial der Wind- und Sonnenenergie in Südeuropa und den Nachbarstaaten umfassend auszuschöpfen.*

Or. en

Begründung

Die Bemühungen zur Erreichung des Gesamtziels von 20 % werden eher erfolgreich sein, wenn die Finanzierungsmöglichkeiten, die den EU-Institutionen zur Verfügung stehen, besser genutzt werden. Diese Finanzierungsmöglichkeiten sollten vor allem dazu beitragen, die rasche Entwicklung der vier Projekte von europäischem Interesse anzukurbeln.

Änderungsantrag 91

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 13 – Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Die Mitgliedstaaten entwickeln Zertifizierungssysteme für Installateure von kleinen Biomassekesseln und -öfen, Fotovoltaik- und Solarwärmesystemen und **Wärmepumpen**. Diesen Systemen liegen die in Anhang IV festgelegten Kriterien zugrunde. Jeder Mitgliedstaat erkennt die von anderen Mitgliedstaaten gemäß diesen Kriterien vorgenommenen Zertifizierungen an.

Geänderter Text

3. Die Mitgliedstaaten entwickeln Zertifizierungssysteme für Installateure von kleinen Biomassekesseln und -öfen, Fotovoltaik- und Solarwärmesystemen und **geothermischen Systemen**. Diesen Systemen liegen die in Anhang IV festgelegten Kriterien zugrunde. Jeder Mitgliedstaat erkennt die von anderen Mitgliedstaaten gemäß diesen Kriterien vorgenommenen Zertifizierungen an.

Or. en

Begründung

*Wärmepumpen für Umgebungsluft fallen nicht unter die Richtlinie für erneuerbare Energie.
Wärmepumpen für geothermische Energie fallen hingegen darunter.*

Änderungsantrag 92

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 13 – Absatz 4**

Vorschlag der Kommission

4. Die Mitgliedstaaten entwickeln Leitlinien für Planungsbüros und Architekten, damit diese in der Lage sind, die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen und von Fernwärme und –kälte bei der Planung, dem Entwurf, dem Bau und der Neugestaltung von Industrie- oder Wohngebieten sachgerecht in Erwägung zu ziehen.

Geänderter Text

4. Die Mitgliedstaaten entwickeln Leitlinien für Planungsbüros, **im sozialen Wohnungsbau tätige Unternehmen, Immobilienbüros, lokale Entscheidungsträger** und Architekten, damit diese in der Lage sind, die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen und von Fernwärme und –kälte bei der Planung, dem Entwurf, dem Bau und der Neugestaltung von Industrie- oder Wohngebieten sachgerecht in Erwägung zu ziehen.

Or. en

Begründung

Alle Entscheidungsträger in Bezug auf Gebäude sind einzubeziehen.

Änderungsantrag 93

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 14 – Titel**

Vorschlag der Kommission

Artikel 14

Zugang zum **Elektrizitätsnetz**

Geänderter Text

Artikel 14

Zugang zum **Netz, zu Rohrleitungen und Fernwärme- und -kältenetzen sowie deren Betrieb**

Or. en

Begründung

Der Zugang zur Infrastruktur ist in Bezug auf alle erneuerbaren Energien, nicht nur in Bezug auf Elektrizität wichtig.

Änderungsantrag 94

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Schritte, um eine Netzinfrastuktur zu entwickeln, mit der die Weiterentwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen möglich ist, was Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedstaaten einschließt.

Geänderter Text

1. Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Schritte, um eine Netzinfrastuktur, **neue Speichereinrichtungen und angemessene Informations- und Kommunikationsinstrumente** zu entwickeln, mit der die Weiterentwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen **rechtzeitig und gemäß den Zielen in Anhang 1 Teil A und Teil B** möglich ist, was Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedstaaten **sowie mit Drittstaaten** einschließt. **In ihren nationalen Aktionsplänen bewerten sie, ob die bestehende Infrastruktur ausgebaut und/oder verstärkt werden muss, um die Integration der Mengen an erneuerbaren Energien zu ermöglichen, die zur Erreichung des nationalen Ziels für 2020 notwendig sind.**

Or. en

Begründung

Zusätzliche Speichereinrichtungen und die Nutzung von IT-Anlagen zur Verbesserung des Netzmanagements werden den Übergang zur Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern erleichtern.

Änderungsantrag 95

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Unbeschadet der Wahrung der Zuverlässigkeit und der Sicherheit des Netzes sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Betreiber der Übertragungs- und Verteilungsnetze in ihrem Hoheitsgebiet die Übertragung und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährleisten. **Sie** sehen außerdem einen vorrangigen Netzzugang für Strom aus erneuerbaren Energiequellen vor. Bei der Inanspruchnahme von Elektrizitätserzeugungsanlagen gewähren die Betreiber der **Übertragungsnetze** Erzeugungsanlagen Vorrang, in denen erneuerbare Energiequellen eingesetzt werden, soweit es die Sicherheit des nationalen Elektrizitätssystems zulässt.

Geänderter Text

2. Unbeschadet der Wahrung der Zuverlässigkeit und der Sicherheit des Netzes sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Betreiber der Übertragungs- und Verteilungsnetze in ihrem Hoheitsgebiet die **vorrangige** Übertragung und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährleisten. **Die Mitgliedstaaten und zuständigen Regelungsbehörden** sehen außerdem einen vorrangigen Netzzugang für Strom aus erneuerbaren Energiequellen vor. Bei der Inanspruchnahme von Elektrizitätserzeugungsanlagen gewähren die Betreiber der **Netze und Energiebörsen** Erzeugungsanlagen Vorrang, in denen erneuerbare Energiequellen eingesetzt werden, soweit es die Sicherheit des nationalen Elektrizitätssystems zulässt, **und im Einklang mit den Betriebsvorschriften, die von der zuständigen Behörde zu genehmigen sind. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur möglich, wenn die Sicherheit des nationalen Stromversorgungssystems gefährdet ist. Die Beweislast für die Nichteinhaltung des Grundsatzes der vorrangigen Inanspruchnahme liegt beim jeweiligen Betreiber des Netzes bzw. der Energiebörse und muss mit einer Ausgleichregelung für den geschädigten Erzeuger von Energie aus erneuerbaren Quellen einhergehen.**

Der Betreiber des Netzes und/oder der Energiebörse sollte im Internet über diese Vorkommnisse und die getroffenen Maßnahmen berichten.

Or. en

Begründung

Die Rolle der nationalen Regelungsbehörde bei der Festlegung der Vorschriften für das Netz ist hervorzuheben. Die Beweislast für den Fall, dass kein vorrangiger Zugang gewährt wurde, liegt beim Betreiber des Übertragungsnetzes oder der Energiebörse und muss in transparenter Weise kommuniziert werden.

Änderungsantrag 96

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2a. Die Mitgliedstaaten oder die zuständigen Regelungsbehörden sorgen dafür, dass die Betreiber von Übertragungs- und Verteilungsnetzen alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen, in dem die Kapazitäten beschrieben werden, die an jedem Knoten mit und ohne Beschränkungen eingespeist werden können. In diesem Fall sind auch die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit von Teildrosselungen anzugeben.

Or. en

Begründung

Transparenz über die Kapazitäten an den verschiedenen Knotenpunkten des Stromnetzes ist für Investoren ausschlaggebend.

Änderungsantrag 97

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3. Die Mitgliedstaaten verlangen von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze die Aufstellung und Veröffentlichung ihrer einheitlichen Grundregeln für die Übernahme und Teilung der Kosten für technische

3. Die Mitgliedstaaten ***oder die zuständigen Regelungsbehörden*** verlangen von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze die Aufstellung und Veröffentlichung ihrer einheitlichen Grundregeln für die

Anpassungen wie **Netzanschlüsse und Netzverstärkungen**, die zur Einbindung neuer Erzeuger, die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strom in das Verbundnetz einspeisen, notwendig sind.

Übernahme und Teilung der Kosten für technische Anpassungen wie **den verbesserten Betrieb des Netzes**, die zur Einbindung neuer Erzeuger, die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strom in das Verbundnetz einspeisen, notwendig sind. **Diese Vorschriften werden spätestens bis zum 30. Juni 2010 veröffentlicht.**

Or. en

Begründung

Der alltägliche Netzbetrieb unterscheidet sich von Netzverstärkungen.

Änderungsantrag 98

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

Vorschlag der Kommission

Diese Regeln müssen sich auf objektive, transparente und nichtdiskriminierende Kriterien stützen, die insbesondere sämtliche Kosten und Vorteile des Anschlusses dieser Erzeuger an das Netz und die besonderen Umstände von Erzeugern in Randgebieten und in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte berücksichtigen. Die Regeln können verschiedene Arten von Anschlüssen vorsehen.

Geänderter Text

Diese Regeln müssen sich auf objektive, transparente und nichtdiskriminierende Kriterien stützen, die insbesondere sämtliche Kosten und **langfristigen** Vorteile des Anschlusses dieser Erzeuger an das Netz und die besonderen Umstände von Erzeugern in Randgebieten und in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte berücksichtigen. Die Regeln können verschiedene Arten von Anschlüssen vorsehen **und sind von den nationalen Regelungsbehörden festzulegen oder zu genehmigen.**

Or. en

Begründung

Der alltägliche Netzbetrieb unterscheidet sich von Netzverstärkungen.

Änderungsantrag 99

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3a. Die in Absatz 3 genannte Teilung der Kosten wird durch einen Regelungsmechanismus gewährleistet, der auf objektiven, transparenten und nichtdiskriminierenden Kriterien basiert und auch die Vorteile berücksichtigt, die den zu Beginn und den später angeschlossenen Erzeugern sowie Betreibern von Übertragungs- und Verteilungsnetzen aus den Anschlüssen entstehen.

Or. en

Begründung

Die in Artikel 3 erwähnte Berechnung der Kosten muss transparent erfolgen.

Änderungsantrag 100

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 4

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

4. Die Mitgliedstaaten ***können gegebenenfalls*** von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze ***verlangen***, die ***in Absatz 3 genannten*** Kosten ***vollständig oder teilweise*** zu übernehmen. ***Die Mitgliedstaaten überprüfen und ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen und Vorschriften für die Kostenübernahme und –teilung im Sinne von Absatz 3 bis spätestens 30. Juni 2011 und danach alle zwei Jahre zu verbessern, damit die Einbindung neuer Erzeuger im Sinne von Absatz 3***

4. Die Mitgliedstaaten ***verlangen*** von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze, die Kosten ***für Netzverstärkungen im Zusammenhang mit dem Ausbau von großem sowie kleinen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien*** zu übernehmen, ***die zur Erreichung der nationalen Mindestziele gemäß Anhang 1 erforderlich sind. Diese Kosten werden von den nationalen Regelungsbehörden genehmigt und an alle Energieverbraucher weitergegeben.***

gewährleistet ist.

Or. en

Begründung

Es wäre unfair, wenn Investoren in erneuerbare Energien auf dem europäischen Energiemarkt für die Anpassung des Netzes bezahlen müssten, während ihre Konkurrenten – die Betreiber der bestehenden großen Produktionsanlagen – diese Kosten im Zuge der umfangreichen Netzerweiterung für deren Integration von den 60er bis zu den 80er Jahren weitergeben durften.

Änderungsantrag 101

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 14 Absatz 5**

Vorschlag der Kommission

5. Die Mitgliedstaaten verlangen von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze, jedem neuen Erzeuger, der an das Netz angeschlossen werden möchte, einen umfassenden und detaillierten Voranschlag der durch den Anschluss entstehenden Kosten vorzulegen. Die Mitgliedstaaten können Erzeugern von Strom aus erneuerbaren Energiequellen, die einen Netzanschluss wollen, gestatten, **für die** Anschlussarbeiten **eine Ausschreibung** durchzuführen.

Geänderter Text

5. Die Mitgliedstaaten **oder die zuständigen Regelungsbehörden** verlangen von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze, jedem neuen Erzeuger, der an das Netz angeschlossen werden möchte, einen umfassenden und detaillierten Voranschlag der durch den Anschluss entstehenden Kosten vorzulegen. Die Mitgliedstaaten **oder die zuständigen nationalen Regelungsbehörden** können Erzeugern von Strom aus erneuerbaren Energiequellen, die einen Netzanschluss wollen, gestatten, **ihre eigenen** Anschlussarbeiten durchzuführen..

Or. en

Begründung

Die nationalen Regelungsbehörden sind die zuständigen Behörden. Investoren in erneuerbare Energien sollten die Möglichkeit haben, selbst für den Netzanschluss zu sorgen.

Änderungsantrag 102

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 6

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

6. Die in Absatz 3 genannte Kostenteilung wird durch einen Mechanismus sichergestellt, der auf objektiven, transparenten und nichtdiskriminierenden Kriterien basiert und auch die Vorteile berücksichtigt, die den zuerst und den später angeschlossenen Erzeugern sowie Betreibern von Übertragungs- und Verteilungsnetzen aus den Anschlüssen entstehen. **entfällt**

Or. en

Begründung

Wie in den letzten 40 Jahren werden Netzverstärkungen und -ausweitungen auf alle Netznutzer umgelegt.

Änderungsantrag 103

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 7

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

7. Die **Mitgliedstaaten** stellen sicher, dass Strom aus erneuerbaren Energiequellen - darunter insbesondere Strom aus erneuerbaren Energiequellen, der in Randgebieten, beispielsweise Inselregionen, und in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte erzeugt wird - bei der Anlastung der Übertragungs- und Verteilungsentgelte nicht benachteiligt wird.

7. Die **nationalen Regelungsbehörden** stellen sicher, dass Strom aus erneuerbaren Energiequellen - darunter insbesondere Strom aus erneuerbaren Energiequellen, der in Randgebieten, beispielsweise Inselregionen, und in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte erzeugt wird - bei der Anlastung der Übertragungs- und Verteilungsentgelte nicht benachteiligt wird.

Or. en

Änderungsantrag 104

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 8

Vorschlag der Kommission

8. Die **Mitgliedstaaten** sorgen dafür, dass die von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze für die Übertragung und Verteilung von Strom aus Anlagen, die erneuerbare Energiequellen einsetzen, erhobenen Entgelte die zu erzielenden Kostenvorteilen aus dem Anschluss der Anlage an das Netz widerspiegeln. Solche Kostenvorteile könnten sich aus der direkten Nutzung des Niederspannungsnetzes ergeben.

Geänderter Text

8. Die **nationalen Regelungsbehörden** sorgen dafür, dass die von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilungsnetze für die Übertragung und Verteilung von Strom aus Anlagen, die erneuerbare Energiequellen einsetzen, erhobenen Entgelte die zu erzielenden Kostenvorteilen aus dem Anschluss der Anlage an das Netz widerspiegeln. Solche Kostenvorteile könnten sich aus der direkten Nutzung des Niederspannungsnetzes ergeben.

Or. en

Änderungsantrag 105

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 8 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8a. Die Kommission und die Mitgliedstaaten entwickeln einen koordinierten Ansatz für den Ausbau von Offshore-Wind- und Wellenenergieanlagen in der Nord- und Ostsee. Dieser Plan umfasst ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren und die notwendigen Netzinfrastrukturen sowohl offshore als auch onshore sind ein vorrangiges Vorhaben im Rahmen der Initiative für Transeuropäische Netze (TEN). Die Kommission und die Mitgliedstaaten entwickeln einen koordinierten Ansatz für den Ausbau von Wind- und Solarkapazitäten in der Mittelmeerregion

sowohl in EU- als auch in Nicht-EU-Mitgliedstaaten. Die notwendigen Netzinfrastrukturen sind ein vorrangiges Vorhaben im Rahmen der Initiative für Transeuropäische Netze (TEN).

Or. en

Begründung

Der Ausbau von Offshore-Wind- und Wellenenergiepotenzialen in der Nord- und Ostsee und der Ausbau von Solar- und Windenergiepotenzialen in der Mittelmeerregion wird durch einen koordinierten Ansatz erleichtert und sollte ein vorrangiges Vorhaben im Rahmen der TEN-Initiative sein.

Änderungsantrag 106

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 14 – Absatz 8 b (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8b. Die Mitgliedstaaten bewerten, ob die bestehenden Gasnetzinfrastrukturen ausgeweitet werden müssen, um die Integration von Gas aus erneuerbaren Quellen zu ermöglichen.

Or. en

Begründung

Die Gasnetze sollten für die Einspeisung von aus Biomasse gewonnenem Gas geöffnet werden, um die energetische Nutzung von Biomasse zu maximieren, indem es dort genutzt wird, wo ein Wärme- oder Kältebedarf besteht.

Änderungsantrag 107

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 14 – Absatz 8 c (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8c. Unbeschadet der Wahrung der Zuverlässigkeit und der Sicherheit des

Gasnetzes sorgen die Mitgliedstaaten dafür, dass die Betreiber der Übertragungs- und Verteilungsnetze für Gas in ihrem Hoheitsgebiet die Übertragung und Verteilung von Gas aus erneuerbaren Energiequellen gewährleisten. Die Kosten für die Netzanbindung einschließlich des Anschlusses am Anschlusspunkt, des Gasdruck-Messsystems, der Anlagen für den Druckanstieg und die kalibrierbare Messung sind vom Netzbetreiber zu tragen und an die Verbraucher weiterzugeben. Abweichungen von diesem Grundsatz sind möglich, wenn die aus erneuerbaren Quellen Gas produzierende Anlage mehr als 15 km von der nächsten Gasleitung entfernt ist.

Übertragungs- und Verteilungsnetzbetreiber sorgen auch für den vorrangigen Zugang von aus erneuerbaren Quellen gewonnenem Gas zum Netz, wenn dieses Gas mit dem Netz kompatibel ist.

Or. en

Begründung

Ein ähnliches System wie für den vorrangigen Zugang von Strom aus erneuerbaren Quellen sollte auch für Gas aus erneuerbaren Quellen vorgesehen werden.

Änderungsantrag 108

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 8 d (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8d. Die Mitgliedstaaten verpflichten die Betreiber der Übertragungs- und Verteilungsnetze in ihrem Hoheitsgebiet dazu, die Qualitätsanforderungen für Gas aus erneuerbaren Quellen für die Integration in das Netz auf der Grundlage von transparenten und

nichtdiskriminierenden Standards zur Verfügung zu stellen. Der Netzbetreiber ist für die Odoration und die Messung der Qualität des Gases verantwortlich.

Or. en

Änderungsantrag 109

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 8 e (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8e. Die Mitgliedstaaten schaffen finanzielle Anreize für den Bau und die Ausweitung von Heiznetzen für die Übertragung von Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energiequellen.

Or. en

Begründung

Der Übergang zu erneuerbaren Energien bei Wärme und Kälte in großem Maßstab hängt von der Verfügbarkeit der notwendigen Fernwärme- und -kälteinfrastrukturen ab. Nationale, regionale und lokale Behörden spielen in dieser Hinsicht eine wesentliche Rolle.

Änderungsantrag 110

Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 14 – Absatz 8 f (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8f. Die Mitgliedstaaten unternehmen die notwendigen Schritte zur Entwicklung einer Fernwärmeinfrastruktur, die der Entwicklung der Zentralheizungs- und -kühlungsproduktion aus großen Biomasse-, Solar- und Geothermikanlagen entspricht. In ihren nationalen Aktionsplänen bewerten sie, ob neue Infrastrukturen gebaut werden müssen, um die Integration der Mengen

an zentral erzeugter Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen, die zur Erreichung des nationalen Ziels für 2020 notwendig sind.

Or. en

Begründung

Der Übergang zu erneuerbaren Energien bei Wärme und Kälte in großem Maßstab hängt von der Verfügbarkeit der notwendigen Fernwärme- und -kälteinfrastrukturen ab. Nationale, regionale und lokale Behörden spielen in dieser Hinsicht eine wesentliche Rolle.

Änderungsantrag 111

**Vorschlag für eine Richtlinie
Artikel 14 – Absatz 8 g (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

8g. Die Mitgliedstaaten entwickeln obligatorische Verpflichtungen und Anreize für bestehende und neue Fernwärme- und -kälteanlagen, um den Übergang zu Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen.

Or. en

Begründung

Das enorme Potenzial an Biomasse, geothermischer und Solarenergie für den Wärme- und Kältebedarf muss durch den Ausbau bzw. Neubau von Fernwärme- und -kälteinfrastrukturen genutzt werden.

Änderungsantrag 112

**Vorschlag für eine Richtlinie
Anhang I – Teil B – Einleitung**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

Bei ***dem*** in Artikel 3 Absatz 2 genannten ***Richtkurs*** sind für Energie aus

Bei ***den*** in Artikel 3 Absatz 2 genannten ***verbindlichen Mindestzwischenzielen*** sind

erneuerbaren Quellen die folgenden
Anteile einzuhalten:

für Energie aus erneuerbaren Quellen die
folgenden Anteile einzuhalten:

Or. en

Begründung

Um zu gewährleisten, dass die Gesamtziele der EG und der Mitgliedstaaten für 2020 erreicht werden, müssen auch verbindliche Zwischenziele angenommen werden. Der in Anhang I Teil B angeführte Richtkurs beginnt sehr niedrig und sieht den größten Anstieg bei den erneuerbaren Quellen erst in den letzten Jahren vor 2020 vor. Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorgaben nicht erfüllen, wird es sehr schwierig für sie, ihr Ziel für 2020 zu erreichen. In diesem Sinne ist dies als absolut notwendiges Minimum zu betrachten.

Änderungsantrag 113

Vorschlag für eine Richtlinie ANHANG II

Vorschlag der Kommission

Anhang II – Normalisierungsregel für die
Berücksichtigung von Strom aus
Wasserkraft

Für die Berücksichtigung des in einem
bestimmten Mitgliedstaat aus Wasserkraft
erzeugten Stroms gilt folgende
Normalisierungsregel:

$$Q_{N(norm)} = C_N * \left[\sum_{i=N-14}^N \frac{Q_i}{C_i} \right] / 15$$

Hierbei gilt:

N = Bezugsjahr

QN(norm) = normalisierte Menge des von
sämtlichen Wasserkraftwerken des

Geänderter Text

Anhang II –

A. Normalisierungsregel für die
Berücksichtigung von Strom aus
Wasserkraft

Für die Berücksichtigung des in einem
bestimmten Mitgliedstaat aus Wasserkraft
erzeugten Stroms gilt folgende
Normalisierungsregel:

$$Q_{N(norm)} = C_N * \left[\sum_{i=N-14}^N \frac{Q_i}{C_i} \right] / 15$$

Hierbei gilt:

N = Bezugsjahr

QN(norm) = normalisierte Menge des von
sämtlichen Wasserkraftwerken des

Mitgliedstaats im Jahr N erzeugten Stroms,
zum Zweck der Berücksichtigung;

Q_i = im Jahr i von sämtlichen Kraftwerken
des Mitgliedstaats tatsächlich erzeugte
Strommenge in GWh;

C_i = installierte Gesamtkapazität
sämtlicher Kraftwerke des Mitgliedstaats
im Jahr i in MW.

Mitgliedstaats im Jahr N erzeugten Stroms,
zum Zweck der Berücksichtigung;

Q_i = im Jahr i von sämtlichen Kraftwerken
des Mitgliedstaats tatsächlich erzeugte
Strommenge in GWh;

C_i = installierte Gesamtkapazität
sämtlicher Kraftwerke des Mitgliedstaats
im Jahr i in MW.

*B. Normalisierungsregel für die
Berücksichtigung von Strom aus Windkraft*

*Für die Berücksichtigung des in einem
bestimmten Mitgliedstaat aus Windkraft
erzeugten Stroms gilt folgende
Normalisierungsregel:*

$$Q_{N(norm)} = C_N * \left[\sum_{i=N-6}^N \frac{Q_i}{C_i} \right] / 7$$

Hierbei gilt:

$N =$ *Bezugsjahr*

$Q_{N(norm)}$ = *normalisierte Menge des von
sämtlichen Windkraftwerken des
Mitgliedstaats im Jahr N erzeugten Stroms,
zum Zweck der Berücksichtigung;*

Q_i = *im Jahr i von sämtlichen Kraftwerken
des Mitgliedstaats tatsächlich erzeugte
Strommenge in GWh;*

C_i = *installierte Gesamtkapazität
sämtlicher Kraftwerke des Mitgliedstaats
im Jahr i in MW.*

Or. en

Begründung

Wie die Wasserkraft kann auch die Windkraft in manchen Jahren erhebliche Schwankungen aufweisen. Um die zweijährigen verbindlichen Mindestzwischenziele nicht zu beeinträchtigen, sollte die Windleistung „normalisiert“ werden, damit die EU-weiten Mindestzwischenziele vergleichbar sind.

BEGRÜNDUNG

Das Jahrhundert der Energie aus erneuerbaren Quellen

Dieser Bericht wurde zu einem Zeitpunkt verfasst, als der Ölpreis bei etwa 120 \$ pro Barrel lag und die Regierungen der Welt sich auf die Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen vorbereiteten. Das Weltklimasystem befindet sich in einer tiefen Krise, aber – wie Jeremy Rifkin eloquent beschreibt – diese Krise kann auch neue Chancen bergen – die ***dritte industrielle Revolution*** durch die Entwicklung der so genannten „Sunrise-Technologien“.

Unter drei Bedingungen kann die EU die industrielle Führung bei dieser Revolution übernehmen: sie muss diese Richtlinie richtig abfassen, sie muss „Ressourcenintelligenz“ und die erneuerbaren Energien in das Zentrum unserer künftigen Energie- und Klimaschutzstrategie stellen und sie muss die Rahmenbedingungen für vier Projekte von europäischem Interesse im Bereich erneuerbare Energien schaffen, nämlich

- eine ***strategische Allianz mit fortschrittlichen Städten und Regionen*** für die „Bottom-Up-Umsetzung“ der enormen Vielfalt von Technologien, wie sie im Bericht des EP „21 erneuerbare Energieträger für das XXI. Jahrhundert“ beschrieben sind, insbesondere durch „Gebäude als Kraftwerk“-Cluster,
- ein koordinierter Ansatz zur Bewirtschaftung der enormen Potenziale an ***Offshore-Wind- und Wellenenergie in der Nord- und Ostsee***,
- ein Masterplan für die ***umfassende Renovierung der Städte in Mittel- und Osteuropa*** (Baumasse, Fernwärmesysteme, öffentlicher Verkehr) in Kombination mit der ***schrittweisen Einführung der Nutzung ihres großen Potenzials an Biomasse***,
- eine Partnerschaft mit den ***Mittelmeerländern im Bereich Energieeffizienz und Solarwärme- und Windkraftanlagen***.

Diese vier Projekte müssen im Rahmen der Überprüfung der TEN-Infrastrukturen sowie der EU-Finzen (Strukturfonds, EIB, ...) vorrangig behandelt werden.

Man könnte dagegenhalten, dass eine solche Strategie mit zu hohen Kosten für die EU-Wirtschaft verbunden ist. Aber Kritiker unterschätzen oft den künftigen Ölpreis und kennen die jüngsten akademischen Erkenntnisse über die enormen indirekten Nutzen einer raschen Verbreitung von erneuerbaren Energieträgern wie niedrigere Preise an den Energiebörsen durch den „Merit-Order-Effekt“ (Bode & Groscurth - 2006 (1 & 2); Sensfuß.- 2008 (3)) nicht.

Die Haltung des Berichterstatters zum Kommissionsvorschlag

Der Vorschlag ist insofern begrüßenswert, als er sowohl auf Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene verbindliche Ziele setzt und der Wärme- und Kältesektor endlich einbezogen wird. Ferner werden gute Vorschläge für die Verringerung des Verwaltungsaufwands für

Investitionen in erneuerbare Energien und für Fragen in Zusammenhang mit den Netzen gemacht.

Die größten Schwachstellen weist der Vorschlag ganz klar im Bereich der Herkunftsnachweise und der Agrokraftstoffe auf.

Es folgt eine Übersicht über die wichtigsten Aspekte und die vom Berichtersteller vorgeschlagenen Änderungen:

1) Schritt für Schritt bis 20 % – Stärkung der Art der Ziele

Beim Frühjahrsgipfel 2007 haben die 27 Staatschefs klar hervorgehoben, dass ihre Verpflichtung im Hinblick auf das Ziel, 20 % des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, verbindlich ist. Wir schlagen vor, dies noch mehr zu betonen, indem die Ziele für 2020 und die Zwischenziele noch verbindlicher gemacht werden. Zusätzlich fordern wir die Kommission auf, eine Regelung einzuführen, wonach übererfüllende Mitgliedstaaten eine finanzielle Belohnung erhalten, und jene, die ihr Ziel verfehlen, zur Kasse gebeten werden.

2) Auf den nationalen Rahmen kommt es an: die Schlüsselrolle der nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien

Die Erfolgsgeschichte der EU im Bereich der erneuerbaren Energien beruht heute auf einer zu kleinen Zahl von Ländern, die wirksame Maßnahmen eingeführt haben. Der Erfolg der neuen Richtlinie wird davon abhängen, wie diese positiven Erfahrungen auf alle EU-Staaten übertragen werden. Die rasche Umsetzung der Nutzung erneuerbarer Energien erfordert einen nationalen Rahmen, der Folgendes umfasst: Analyse des Potenzials; zuverlässige Förderregelungen; Planung; Zugang zu Infrastrukturen; aber auch „Soft-Factors“ wie angemessene Genehmigungsverfahren und Know-how/Qualifikationen.

Die enttäuschenden Ergebnisse der nationalen Aktionspläne für Energieeffizienz infolge der schwammigen Formulierung in der diesbezüglichen Richtlinie beweisen, wie wichtig detaillierte und ehrgeizige Vorlagen für die nationalen Aktionspläne sind, die im Richtlinien text vorgegeben und damit umgesetzt werden. Die Kommission wird ermächtigt, schlecht ausgearbeitete nationale Aktionspläne im Bereich der erneuerbaren Energien abzulehnen.

3) Wirksame Flexibilität statt Rechtsunsicherheit und Zufallsgewinnen

Da für die Regierungen eine rechtliche Verpflichtung besteht, ihre nationalen Ziele zu erreichen, und die Ziele vor allem durch nationale Anstrengungen erreicht werden, ist es vorrangig, die Regierungen in die Lage zu versetzen, selbst über ihre nationalen Förderregelungen zu bestimmen. Die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit den Flexibilitätsinstrumenten, die durch den Kommissionstext mit seinem verwirrenden und komplexen neuen Konzept von Herkunftsnachweisen eingeführt werden, wurden in einer Reihe von Rechtsgutachten gut analysiert (Neuhoff u. a. 2008 (4); offener Brief von EFET (5)).

Die Dreifachfunktion, die den Herkunftsnachweisen in Artikel 8 übertragen wird – Offenlegung, Berücksichtigung für die Förderregelung/den Handel und Anrechnung auf die Ziele – führt zu rechtlichen Schwierigkeiten und höhlt die nationalen Förderregelungen aus, indem ein verbindliches Gut geschaffen wird, dessen Handel nicht beschränkt werden kann, wie in Artikel 9 vorgesehen, ohne die Grundrechte zu verletzen, die in Artikel 28 und 30 des EU-Vertrags verankert sind. Diese Rechtsunsicherheit könnte möglicherweise zu beträchtlichen Unsicherheiten für Investoren führen.

Das von den größeren Stromerzeugern (z. B. EURELECTRIC) und Stromhändlern (EFET) bevorzugte Konzept, wonach Rechtssicherheit geschaffen werden soll, indem ein EU-weiter Markt mit Bescheinigungen für erneuerbare Energien eingerichtet wird, ist kein Schritt nach vorne. Ein solches System würde nicht nur die bestehenden nationalen Förderregelungen aushöhlen, sondern möglicherweise 30 Milliarden € Zufallsgewinne für Händler und Erzeuger abwerfen, indem man von den technologiespezifischen Durchschnittspreisstützungssystemen zu einem marginalen Markt übergeht, auf dem der teuerste marginale Nachweis für erneuerbare Energiequellen den Preis bestimmen würde. Dies würde die möglichen 8 Milliarden € „Flexibilitätsgewinne“, die die Kommission in ihrer Folgenabschätzung ausmacht, bei Weitem übersteigen. Der Ansatz eines EU-weiten Markts für Bescheinigungen wurde von einer Reihe von Akademikern (Ragwitz, 2008 (6)), Verbrauchern (z. B. der deutschen chemischen Industrie) und Regierungen (z. B. Polen, Deutschland, Spanien, Griechenland, Frankreich, ...) verworfen.

Die Lösung für dieses rechtliche Problem besteht in der Trennung der drei Funktionen, die den Herkunftsnachweisen übertragen werden.

– Herkunftsnachweise sollten auf die ursprünglich in der Richtlinie über erneuerbare Energien und die Kennzeichnung von grünem Strom (Elektrizitätsbinnenmarkt) von 2001 vorgesehene Funktion der „Offenlegung“ beschränkt werden. Das System muss verbessert werden, um einen „Doppelhandel“ mit Herkunftsnachweisen zu verhindern und die „Zusätzlichkeit“ freiwilliger Ankäufe von grünem Strom zu gewährleisten. Die Irreführung der Verbraucher dadurch, dass billiger Strom aus bestehenden Wasserkraftwerken als „grüner Strom“ neu verpackt wird und ein Mehrwert für den Verbraucher vorgegeben wird, um einen Sonderpreis zu rechtfertigen, muss ein Ende haben.

– Die Anrechnung auf die Ziele sollte nicht über die Herkunftsnachweise erfolgen, sondern auf der Grundlage von durch EUROSTAT verifizierten Daten. Die rasche Verfügbarkeit und Genauigkeit der Daten wird durch die jüngste Vereinbarung über eine neue EU-Verordnung für Energiestatistiken erheblich verbessert.

– Übertragungsbescheinigungen (ÜB) für jene Regierungen, die durch Übertragungen zwischen Unternehmen und durch gemeinsame Projekte Flexibilität gewinnen wollen, werden eingeführt. Diese ÜB ermöglichen die gleiche Vorgehensweise wie der Kommissionstext, allerdings ohne Rechtsunsicherheit.

4) Schaffung zusätzlicher Flexibilität zur Erreichung der Ziele

Die in der Richtlinie vorgesehenen Flexibilitätsmechanismen sollten ausgeweitet werden. Regierungen sollten die Möglichkeit haben, zusammenzuarbeiten, indem sie auf der

Grundlage der Energiestatistiken Mengen von erneuerbaren Energien austauschen, weil dies einfacher und solider ist, mit geringeren Transaktionskosten verbunden ist und auf alle erneuerbaren Technologien ausgeweitet werden kann. Zwei oder mehr Regierungen können regional integrierte Märkte für erneuerbare Energien schaffen, indem sie ihre Ziele gemeinsam anstreben und ihre Förderregelungen gemeinsam nutzen.

Stromimporte aus benachbarten Nicht-EU-Mitgliedstaaten sollten auf der Grundlage eines physischen Austauschs zulässig sein und von den konkreten nationalen Zielen im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz der Verkäuferstaaten abhängig sein. Die Schaffung eines Systems, bei dem Wasser- oder Windkraft in die EU importiert wird, während in Nachbarstaaten Kohlekraftwerke gebaut werden, um ihren Bedarf abzudecken, wäre weder im Interesse des Klimaschutzes in der EU noch ihrer Energieversorgungssicherheit. Für Norwegen, Island und Liechtenstein als EWR-Staaten gelten die Bestimmungen dieser Richtlinie.

Schließlich ist auch darauf hinzuweisen, dass das größte und billigste „Flexibilitätsinstrument“ für die Mitgliedstaaten die nationalen Maßnahmen in Bezug auf die Energieeffizienz im Bauwesen, Verkehr, in der Industrie und beim Stromverbrauch sind. Die Regierungen sollten ihre nationalen Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien miteinander verknüpfen.

5) Ausbau von Infrastrukturen und vorrangiger Zugang dazu als Schlüsselfaktor für erneuerbare Energien

Wir begrüßen den Vorschlag der Kommission, Strom aus erneuerbaren Quellen vorrangigen Zugang und vorrangige Inanspruchnahme zu gewährleisten. Dieses Konzept muss auch auf Gas angewandt werden, um die Einspeisung von Biogas in Gasleitungen zu fördern, was den höchsten Umwandlungswirkungsgrad für Biomasse überhaupt aufweist.

Die Richtlinie muss einen wesentlichen Aspekt der Diskriminierung von Investoren in erneuerbaren Energien aufgreifen, nämlich die Tatsache, dass die Netzanpassungskosten für erneuerbare Energien nicht weitergegeben werden dürfen. Um das enorme Potenzial von Onshore- und Offshore-Windanlagen zu nutzen und den Strom aus dezentralen Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu nutzen, muss die Netzinфраstruktur angepasst und ausgeweitet werden. Dies ist ein Teil unseres künftigen Energiesystems. Warum sollten diese Kosten ausschließlich von Investoren in erneuerbare Energien getragen werden, während in den 60er, 70er und 80er Jahren die kostspieligen Netzinфраstrukturen für die großen zentralisierten Systeme nicht von den Energieunternehmen getragen wurden?

Der Ausbau der Nutzung von Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien hängt von zweierlei Infrastrukturen ab: Fernwärmeanlagen und Gebäude. Das große Potenzial von Biomasse, geothermischer und Sonnenenergie hängt vom Ausbau von Fernwärme- und -kältesystemen ab. Diese Richtlinie muss ihnen besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Begriff des Infrastrukturausbaus sollte auch auf Gebäude angewandt werden. Die Schnittstelle zwischen Baumaterialien, dezentralisierten Solar- und Biomasseanlagen, intelligenter Zählung und Netzen wird zu einem Paradigmenwechsel im Sinne von Gebäuden als Kraftwerken führen. Strenge Auflagen für Gebäude werden diese Entwicklung beschleunigen. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden sollten Investoren zur Gewinnung erneuerbarer Energien zur

Verfügung gestellt werden.

6) Organisatorische Innovation anstelle von bürokratischem Aufwand

Investitionen werden oft durch unnötig bürokratische Verfahren behindert. Die Regierungen sollten die Lehre aus positiven Erfahrungen mit zentralen Anlaufstellen in anderen Politikbereichen ziehen und Koordinierungsbüros für Genehmigungen vor allem für größere Wind- und Biomasseanlagen einrichten. Eine Höchstfrist für die Erteilung von Genehmigungen sollte eingeführt werden. Investitionen in dezentralisierte kleinere EE-Anlagen sollten nicht länger aufwändigen Genehmigungsverfahren unterliegen, sondern unter ein Informationssystem fallen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert auch Know-how und Qualifikationen. Der menschliche Faktor ist wichtig, und die Zusagen der Regierungen haben eine Katalysatorfunktion für die Ausbildung, wobei verstärkt auf das lebenslange Lernen gesetzt werden muss.

7) Von schlecht konzipierten Agrokraftstoffen zur nachhaltigen Nutzung von aus Biomasse gewonnener Energie

Der Berichterstatter ist der Ansicht, dass erdrückende Beweise dafür vorliegen, dass das verbindliche 10 %-Ziel für Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien aufgegeben werden muss. Der Schwerpunkt auf aus Biomasse gewonnenen Treibstoffen sollte eher qualitativer als rein quantitativer Art sein. Durch die Umsetzung von ehrgeizigen und dynamischen Nachhaltigkeitskriterien sollte die Nutzung von Biomasse auf unumstrittene Bereiche – die so genannten „Go-Categories“ – und auf jene Umwandlungstechnologien, die einen viel höheren Wirkungsgrad haben als die erste und zweite Generation von Kraftstoffen aus Biomasse, wie etwa Biogas und Biomasse für Strom und Wärme ausgerichtet werden. Diese Politik hat den Vorteil, dass die Erreichung des Gesamtziels von 20 % viel einfacher und billiger wird.

Wir brauchen eine klare Hierarchie für die Nutzung von Biomasse als Energieträger:

A) Festlegung der „Go-Categories“

Viele Biomasse-Nutzungen sind unproblematisch und sollten als „Go-Categories“ festgelegt werden, um die notwendigen Investitionen anzuziehen. Dies gilt für:

- Biomasse aus Abfallströmen (organischer Anteil von Haushalts- und Industrieabfällen)
- Rückstände (aus Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft)
- Nutzung von Grenzertragsflächen, doppelte Raumnutzung wie Artenvielfalt / Bewirtschaftungssysteme gegen Hochwasser oder Waldbrände und
- neue nicht als Nahrungs-/Futtermittel genutzte Rohmaterialien wie Algen.

B) Festlegung der „No-Go-Categories“

Eine Einschränkung des Wettbewerbs zwischen Energie und Nahrungs-/Futtermitteln kann nur durch die Definition einer „No-Go-Category“ wie beispielsweise Agrokraftstoffe erfolgen. Je nach der weltweiten Nahrungsmittelsituation ist eine umfassende Einschränkung der Nutzung von bebaubaren Flächen für die

Energieproduktion oder eine Beschränkung auf bestimmte Mengen erforderlich. Das Ausmaß der Nutzung wird alljährlich von der Kommission in Abstimmung mit den jeweiligen zuständigen Organisationen wie FAO, UNDP und Welternährungsprogramm festgelegt.

C) Festlegung der „No-Go-Areas“

„No-Go-Areas“ stehen für ein spezielles Nutzungsverbot. Der Schutz der Artenvielfalt oder des kulturellen Werts von Landschaften kann nur durch eine strikte Bottom-up-Schutzregelung erfolgen. Dazu werden Anstrengungen außerhalb dieser Richtlinie erforderlich sein, um das Internationale Übereinkommen über die biologische Vielfalt und Vorschläge für einen weltweiten Stopp der Abholzung zu stärken.

D) Festlegung strenger Nachhaltigkeitskriterien

Eine Reihe von Nachhaltigkeitskriterien muss durchgesetzt werden, insbesondere:

- Es sollte ein dynamischer Schwellenwert für Treibhausgase eingeführt werden (der Mindesteinsparungen bei den Gesamtemissionen erfordert), der auf Einsparungen in Höhe von mindestens 55 oder 60 % der Treibhausgase in Kombination mit einem System wie dem in der Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen vorgesehenen System abzielen sollte, das finanzielle Anreize für die Treibhausgas-Kraftstoffe mit den besten Leistungen schafft. Die indirekten Flächennutzungsänderungen müssen auch Teil dieser Methode sein.
- Die Mindestanforderungen für eine „gute landwirtschaftliche Praxis“ müssen spezifischer sein als das vorgeschlagene „Cross-Compliance-System“ (insbesondere für die Nutzung von Wasser, Pestiziden und Düngemitteln). Der Vorschlag der Kommission zur Nutzung des bestehenden „Cross-Compliance-Systems“ ist zu vage, als dass es auf Importe aus Nicht-EU-Staaten angewandt werden könnte und schafft einen Wettbewerbsnachteil für EU-Landwirte.
- Soziale Kriterien zum Schutz z. B. von kleinen Landwirten in Dritte-Welt-Ländern.

Die Einzelheiten zu den Nachhaltigkeitskriterien werden in enger Abstimmung mit Herrn Wijkman (PPE), dem Verfasser der ENVI-Stellungnahme zu den EE, und mit Frau Corbey (PSE), der Berichterstatterin für die Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen (ENVI-Ausschuss) festgelegt.

Referenzunterlagen:

- (1) Bode & Groscurth (2006): The effect of the German Renewable Energy Act (EEG) on "the electricity price", HWWA discussion paper 358
- (2) Bode & Groscurth (2008): Incentives to invest in electricity production from renewable energy under different support schemes, ARRHENIUS Institute for energy and climate policy discussion paper 1E
- (3) Sensfuß, F. (2008): Assessment of the impact of renewable electricity generation on the German electricity sector An agent-based simulation approach. Dissertation. Universität Karlsruhe (TH). Fortschritt-Berichte Reihe 16 Nr. 188. VDI Verlag. Düsseldorf
- (4) Neuhoff & al, 2008 - The proposed new EU renewables directive: an interpretation
- (5) EFET - open letter to Claude Turmes, 16 April 2008 - The risk of Internal Energy Market distortions arising from the Commission proposal for a RES Directive
- (6) Ragwitz (April 2008) note produced for the EP Policy department economic and scientific policy.

Annex I - List of consulted independent experts & non exhaustive list of stakeholders

The Author would like to thank the following list of independent experts for their contributions during the preparation of the draft report, as well as the numerous stakeholders that have been providing their views and suggestions to the rapporteur.

Angus Johnston M.A. - Director of Studies in Law, Faculty of Law, Cambridge

Bart Dehue - Consultant Bio Energy - Ecofys Netherlands BV

Bernard Laponche - independent consultant, France

Christiane Egger (Mag.) - deputy manager - O.Oe. Energiesparverband

Christof Timpe - Energy & Climate Division - Oeko-Institut e.V. - Institute for Applied Ecology - Germany

Jean-Michel Glachant (Prof.) - Head of the Department of Economics
- Faculty of Law & Economics - University Paris Sud, France

Jorge Vasconcelos - former chairman of the Portuguese Energy Regulator and of ERGEG

Karsten Neuhoﬀ - faculty of economics - University of Cambridge, UK

Mario Ragwitz - Fraunhofer Institute Systems and Innovation Research

Peter Lund (Prof.) - Helsinki University of Technology

Uwe Leprich (Prof. Dr.) - Fachbereichsvorsitzender - Fachbereich Wirtschaftsingenieurwesen
- Hochschule für Technik und Wirtschaft - Saarbrücken

Uwe R. Fritsche - Energy & Climate Division - Oeko-Institut e.V. - Institute for Applied Ecology - Germany

Veit Bürger - Energy & Climate Division - Oeko-Institut e.V. - Institute for Applied Ecology
- Germany

Other stakeholders consulted (non-exhaustive list)

ADEME, BEE-ev (German Renewable Energy Federation), Bundesverband Wind-Energie, Birdlife, Corporate Europe Observatory, Danish Energy Industries Federation, Danish renewable energy resources network, Business Europe, Econcert, EFET, Energie-Control GmbH Austria, EPAGMA, EPIA, EREC, EREF, ESTIF, EUREC, Eurelectric, Eurosolar, EWEA, FoE, Greenpeace, Iberdrola, International Fuel Quality Center (IFQC), Misereor, Oxfam, UEPA, NSF - Bureau of Nordic Family Forestry, Vattenfall, Verbund - Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, WWF, and many more.